

POLITIK & UNTERRICHT



Demokratie –

(er-)leben – gestalten – entscheiden

»Politik und Unterricht« wird von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) herausgegeben.

Direktor der Landeszentrale: Lothar Frick

Chefredakteur: Robby Geyer
robbi.geyer@lpb.bwl.de

Redaktionsassistent: Sylvia Rösch
sylvia.roesch@lpb.bwl.de

Anschrift der Redaktion

Lautenschlagerstraße 20, 70173 Stuttgart
Telefon: 0711-164099-45; Fax: 0711-164099-77

Redaktion

Anja Binder, Studienrätin am Evangelischen Firstwaldgymnasium, Kusterdingen
Judith Ernst-Schmidt, Oberstudienrätin, Werner-Siemens-Schule (Gewerbliche Schule für Elektrotechnik), Stuttgart
Dipl.-Päd. Martin Mai, Wilhelm-Lorenz-Realschule, Ettlingen
Dipl.-Päd. Holger Meeh, Akademischer Rat, Pädagogische Hochschule, Heidelberg
Dr. Wibke Renner-Kasper, Konrektorin der Schule am Stromberg, Gemeinschaftsschule Illingen-Maulbronn
Angelika Schober-Penz, Oberstudienrätin, Erich-Bracher-Schule (Kaufmännische Schule), Kornwestheim
Inga Zengerle, Studienrätin am Schickhardt-Gymnasium, Herrenberg

Gestaltung Titel

VH-7 Medienküche GmbH, Stuttgart

Design Inhalt und Didaktik

Christoph Lang, Rottenburg am Neckar
www.8421medien.de

Verlag

Neckar-Verlag GmbH, Klosterring 1,
78050 Villingen-Schwenningen

Marketing, Anzeigen

Leitung: Rita Riedmüller, Telefon: 07721-8987-44
werbung@neckar-verlag.de

Verkauf: Alexandra Beha, Telefon: 07721-8987-42
anzeigen@neckar-verlag.de

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 4 vom 01.01.2015

Druck

PFITZER GmbH & Co. KG, Benzstraße 39, 71272 Renningen

Politik & Unterricht erscheint vierteljährlich.

Preis dieser Nummer: 3,50 EUR

Jahresbezugspreis: 14,00 EUR

Unregelmäßige Sonderhefte werden zusätzlich

mit je 3,50 EUR in Rechnung gestellt.

Abbestellung zum Jahresende schriftlich.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht ungedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion wieder. Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Nachdruck oder Vervielfältigung auf elektronischen Datenträgern nur mit Genehmigung der Redaktion.

Titelfoto: Fredrik von Erichsen / (c) dpa
Auflage dieses Heftes: 20.000 Exemplare
Redaktionsschluss: 30. September 2018

ISSN 0344-3531



Das komplette Heft finden Sie zum Download als pdf-Datei unter:
www.politikundunterricht.de/2_3_18/demokratie.htm



»Politik & Unterricht« wird um digitale Angebote erweitert. Zu jedem Heft stehen Arbeitsmaterialien online zur Nutzung in Kombination mit Beamer, interaktivem Whiteboard, PC oder Tablet zur Verfügung. Über den QR-Code oder die Internetadresse ist der direkte Zugang zu den Materialien möglich.



Politik & Unterricht wird auf umweltfreundlichem Papier mit Zellstoff aus nachhaltiger Forstwirtschaft und Recyclingfasern gedruckt.

Hinweis

Die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg übernimmt keine Verantwortung für die Inhalte von Websites, auf die in diesem Heft verwiesen oder verlinkt wird.

POLITIK & UNTERRICHT

Thema im Folgeheft
Vielfalt in der Schule

Editorial

Die Demokratie gehört in Deutschland zu den Grundlagen des staatlichen Handelns und ist als eines der zentralen Strukturprinzipien im Grundgesetz verankert. Neben der Demokratie als Herrschaftsform, wie sie der 16. US-Präsident Abraham Lincoln 1863 als »Regierung des Volkes, durch das Volk und für das Volk« charakterisierte, ist sie auch als Gesellschafts- und Lebensform zu verstehen. Die garantierten Grund- und Menschenrechte sowie die zahlreichen Partizipationsmöglichkeiten befördern ein demokratisches Miteinander und eine lebendige Demokratie. Demokratisches Handeln erschöpft sich daher nicht in der Ausübung des Wahlrechts, sondern beginnt beim Meinungsaustausch oder dem Mitgestalten in der Schule oder der Kommune.

Die neue Ausgabe von »Politik & Unterricht« bietet den Lehrerinnen und Lehrern in sechs Bausteinen unterschiedliche Zugänge zum Thema »Demokratie«. Dabei liegt ein Schwerpunkt darauf, wie sich Schülerinnen und Schüler in demokratische Prozesse einbringen können, wie also Demokratie gelebt und erfahrbar gemacht werden kann. Die verschiedenen Bausteine

Inhalt

Editorial

Die Autorinnen und Autoren dieses Hefts

Unterrichtsvorschläge

- 2 Einleitung
- 5 Unterrichtspraktische Hinweise

Texte und Materialien

- 10 Baustein A: Einstieg in das Thema Demokratie
- 14 Baustein B: Demokratisches Handeln in der Schule
- 26 Baustein C: Demokratie in der Gemeinde
- 32 Baustein D: Demokratie und Beteiligung auf Landes- und Bundesebene
- 48 Baustein E: Zukunft der Demokratie im digitalen Zeitalter
- 58 Baustein F: 100 Jahre Demokratie – Die Weimarer Republik

Autorinnen und Autoren

greifen demokratisches Handeln im Nahbereich Schule und Kommune auf, nehmen aber auch die Demokratie auf Landes- und Bundesebene in den Blick und thematisieren aktuelle Herausforderungen der Demokratie, wie sie beispielsweise durch soziale Medien entstehen. Ein Baustein ermöglicht zudem die Auseinandersetzung mit der ersten Demokratie in Deutschland, der Weimarer Republik.

Bausteine A-E: **Prof. Dr. Markus Gloe**, Professor für Politische Bildung und die Didaktik der Sozialkunde an der Universität München, zusammen mit Frederik Achatz, Johanna Beyer, Vanessa Braunmiller, Sebastian Puhl und Dr. Harald Schmidt

Baustein F: **Dr. Michael Braun** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg.

www.politikundunterricht.de/2_3_18/demokratie.htm



Lothar Frick
Direktor der LpB



Robby Geyer
Chefredakteur

Demokratie –

(er-)leben – gestalten – entscheiden

Einleitung

Die einfachste Umschreibung für den Begriff Demokratie heißt „Volksherrschaft“ und leitet sich aus dem Griechischen her. Demokratie ist demzufolge eng mit dem Prinzip der **Volkssouveränität** verbunden. Der ehemalige US-Präsident Abraham Lincoln erklärte Demokratie mit dem Ausspruch „Regierung des Volkes durch das Volk für das Volk“, „d. h. die Herrschaft geht aus dem Volk hervor (of) und wird durch das Volk (by) und in seinem Interesse (for) ausgeübt“ (Weißeno u. a. 2010, S. 61).

■ Direkte Demokratie

Die direkte Form der demokratischen Herrschaft wird als plebiszitäre Demokratie bezeichnet. Dort übt das Volk selbst durch das Abhalten von Volksversammlungen und die Durchführung von Volksabstimmungen, sogenannte Plebiszite, die Staatsgewalt direkt aus. Die Wahl von Repräsentanten der Bevölkerung wäre damit hinfällig. Aber selbst in der Schweiz, die oft als Beispiel für eine plebiszitäre Demokratie angeführt wird, entscheiden nicht ausschließlich die Bürgerinnen und Bürger über alle politischen Fragen, sondern überlassen politische Entscheidungen und das Tagesgeschäft den gewählten Vertreterinnen und Vertretern. Allerdings finden in der Schweiz regelmäßig Volksabstimmungen über Sachfragen oder Verfassungsänderungen statt.

Damit man von einer Demokratie sprechen kann, müssen folgende Merkmale erfüllt sein:

- ▶ Volkssouveränität
- ▶ Rechtsstaatsprinzip
- ▶ Pluralismus
- ▶ Gewaltenteilung
- ▶ Konstitutionalismus
- ▶ Achtung der Menschen- und Grundrechte

■ Repräsentative Demokratie

In der Bundesrepublik Deutschland hat sich – wie in anderen Flächenstaaten auch – eine mittelbare Form, die repräsentative Demokratie, durchgesetzt. Das souveräne Volk übt dort die Herrschaft indirekt über Vertreterinnen und Vertreter (Repräsentanten) aus, die durch Wahlen bestimmt werden. In einer repräsentativen Demokratie werden Entscheidungen von einer kleinen Gruppe stellvertretend für die Allgemeinheit getroffen.

■ Volkssouveränität ...

... bedeutet, dass alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht (Art. 20 Abs. 2 GG). Alle Organe der staatlichen Gewalt sind direkt oder indirekt durch das Volk legitimiert. In einer repräsentativen Demokratie wie der Bundesrepublik Deutschland drückt sich die Volkssouveränität durch regelmäßig stattfindende demokratische Wahlen aus, bei denen Vertreterinnen und Vertreter des Volkes auf Zeit gewählt werden, um stellvertretend für das Volk politische Entscheidungen zu treffen. Außerdem gibt es die Möglichkeit, dass das Volk selbst Entscheidungen durch Abstimmungen (direkte Demokratie) trifft. Dies gilt insbesondere für die kommunale und die Landesebene.

In der Bundesrepublik Deutschland sind nicht alle politischen Organe direkt durch die Bevölkerung legitimiert. Der Bundestag, die Landtage, ein Stadt- oder Gemeinderat werden direkt gewählt, aber die Bundeskanzlerin oder der Bundeskanzler werden durch den Bundestag gewählt, genauso wie die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten durch die jeweiligen Landesparlamente.

■ Das Rechtsstaatsprinzip ...

... bindet die Staatsgewalt an das geltende Recht: an die Verfassung, also das Grundgesetz, an die anderen Gesetze und das Recht, wie z. B. das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) oder das Strafgesetzbuch (StGB). Die gewählten Volksvertreterinnen und -vertreter können in der Demokratie also nicht tun und lassen, was sie wollen, sondern sie müssen die Vorgaben der Verfassung beachten. Das Rechtsstaatsprinzip schützt und sichert somit die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger vor dem Staat. Aber das Rechtsstaatsprinzip besagt auch, dass für alle Bürgerinnen und Bürger die gleichen Gesetze gelten (Rechtsgleichheit) und sie sich auf die Einhaltung der Gesetze verlassen können (Rechtssicherheit). Somit werden die rechtlichen Folgen von Handlungen kalkulierbar.

■ **Unter Pluralismus ...**

... versteht man, dass in einer Demokratie viele verschiedene politische, zivilgesellschaftliche, wirtschaftliche oder religiöse Interessengruppen miteinander konkurrieren dürfen und dies auch gewünscht ist. Wesentliche Elemente des Pluralismus sind auch Parteien, Medien und Verbände. Damit die Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Interessen friedlich abläuft, müssen alle die rechtsstaatlichen Verfahrensregeln, wie sie in Grundgesetz, Gesetzen und Vorschriften bestimmt sind, und das Mehrheitsprinzip akzeptieren.

■ **Gewaltenteilung meint ...**

... dass die drei staatlichen Zentralfunktionen Gesetzgebung (Legislative), Rechtsprechung (Judikative) und Vollziehung (Exekutive) von unabhängigen Organen wahrgenommen werden, die sich gegenseitig kontrollieren. Die zentrale Aufgabe der Gewaltenteilung ist folglich, dass der Missbrauch von Macht erschwert oder verhindert wird. Neben dieser horizontalen Gewaltenteilung gibt es auch eine vertikale. Darunter versteht man die Aufteilung der staatlichen Kompetenzen auf unterschiedliche Ebenen wie Bund, Bundesländer und Kommunen.

■ **Unter Konsitutionalismus ...**

... versteht man, dass die Verfassung, in Deutschland also das Grundgesetz, als verbindlicher Rahmen gilt, der die Regeln des politischen Prozesses, besonders die Staatsform, die Form der Willensbildung, die Rechtsstellung und Funktion der Verfassungsorgane, das Gerichtswesen und die Stellung der Staatsbürgerinnen und -bürger festlegt. Eine Verfassung muss nicht gleich bleiben, sondern kann auch geändert werden. In der Bundesrepublik Deutschland darf allerdings nicht alles geändert werden. Art. 79 Abs. 3 GG bestimmt, dass die Grundsätze in den Artikeln 1 bis 20, die Gliederung Deutschlands in Bundesländer und deren Mitwirkung an der Gesetzgebung nicht geändert werden dürfen.

■ **Achtung der Menschen- und Grundrechte ...**

... ist ein weiteres Kennzeichen von Demokratien. Dies sind individuelle Rechte, die jedem Menschen mit Geburt zustehen, und dienen dem Schutz der Menschenwürde. Sie sind universell, allgemein gültig, unveräußerlich und unteilbar. Sie reichen von Persönlichkeitsrechten und Freiheitsrechten bis hin zu wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten. Die Menschenrechte sind nicht nur durch die staatliche Gewalt zu respektieren und zu schützen, sondern sie sind ebenfalls Grundlage des gesellschaftlichen Zusammenlebens und gelten auch für den Umgang zwischen Menschen.

Die Gewaltenteilung

Grundgesetz

für die Bundesrepublik Deutschland

Das Prinzip der Gewaltenteilung ist die Aufteilung der staatlichen Gewalt auf mehrere Staatsorgane, die sich gegenseitig kontrollieren und die Macht beschränken. Sie ist im Grundgesetz in Artikel 20, Absatz 2 verankert. **Man unterscheidet die ...**

Legislative



gesetzgebende Gewalt

Exekutive



vollziehende Gewalt

Judikative



rechtsprechende Gewalt

Wesentliche Staatsorgane auf Bundes- und Landesebene:

- Bundestag
- Bundesrat
- Länderparlamente

- Bundesregierung (Bundeskanzler/in, Bundesminister/innen)
- Bundespräsident*
- Landesregierungen
- Verwaltungen

- Bundesverfassungsgericht
- oberste Gerichtshöfe
- Landesgerichte

*verfügt auch über gesetzgebende Aufgaben
Quelle: Bundestag, Bundeszentrale für politische Bildung



Foto: © dpa-infografik

■ Artikel 1 Grundgesetz (GG)

- (1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
- (2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
- (3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Weimarer Republik

Trotz aller Vorteile einer Demokratie, die Hans Vorländer prägnant zusammenfasst, zeigen aktuelle Beispiele in Ländern wie Russland oder der Türkei, wie Demokratie zu autoritären Regimen oder gar Diktaturen werden können.

Der Niedergang der ersten deutschen Demokratie zwischen 1918 und 1933 zeigt, wie eine mangelnde Verankerung von Demokratie in Teilen der Gesellschaft und der Eliten gepaart mit wirtschaftlichen und außenpolitischen Krisen zum Ende einer Demokratie führen können. Die Gründe für das Scheitern der Weimarer Republik und der Übergang zur NS-Diktatur sind vielfältig. Sie zeigen aber, dass Demokratie nicht nur auf dem Papier festgeschrieben, sondern auch erfahrbar und erlebbar gemacht werden muss.



Krise der Demokratie?

Gegenwärtig wird öfters die Frage aufgeworfen, ob sich die Demokratie in einer Krise befände. Unbestritten sind neue Herausforderungen offensichtlich geworden wie die Rolle und der Einfluss von sozialen Medien oder das Phänomen des Populismus, aber auch schon seit längerem beklagte Entwicklungen wie Politikverdrossenheit oder abnehmende Wahlbeteiligung haben Auswirkungen auf den Zustand der Demokratie.

Mit dem Konzept einer „eingebetteten Demokratie“ wurde ein Konzept vorlegt, welches aufzeigt, welche Bereiche auf ein demokratisches Regierungssystem stabilisierende oder destabilisierende Wirkung haben können. So tragen beispielsweise die Möglichkeiten der politischen Teilhabe über Wahlen hinaus oder eine lebendige Zivilgesellschaft zum Fortbestand einer Demokratie bei.

„Die Demokratie ist die einzige Herrschaftsform, die es den Bürgerinnen und Bürgern erlaubt, Regierende zu sanktionieren, ohne das politische System selbst beseitigen zu müssen. Politische Führung kann ausgewechselt werden, weil es in der Demokratie nur Herrschaft auf Zeit gibt. Die Opposition von heute kann morgen schon Regierung sein, aus einer Minderheit kann eine Mehrheit werden. Transparenz ermöglicht Kontrolle und schützt vor Machtmissbrauch. Konflikte können bewältigt werden, ohne dass die Kontrahenten zu Mitteln der Gewalt greifen müssen.“

Und vor allem: Nur der Wille der Bürgerinnen und Bürger, artikuliert in Wahlen und Abstimmungen, begründet und legitimiert die Herstellung kollektiv verbindlicher Entscheidungen. Nur die Demokratie bietet den Menschen die Chance, sich umfassend an Willensbildung und Entscheidungsfindung zu beteiligen, ihre Angelegenheit selbst in die Hand zu nehmen, und das in vielen Weisen: vom Engagement in Parteien über Bürgerinitiativen bis zu Protestaktionen.“

Hans Vorländer in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Demokratie. Informationen zur politischen Bildung Nr. 332, Bonn 2017, S. 81

Unterrichtspraktische Hinweise

Baustein A

■ Einstieg in das Thema Demokratie

Der Baustein A dient zum Einstieg in das Thema. Mit Hilfe des Bilderimpulses in A1 werden unterschiedliche Aspekte von Demokratie wie Wahlen, Rechtsstaat, Gewaltenteilung, Grund- und Menschenrechte oder Toleranz sichtbar. Die Mindmap in A2 kann genutzt werden, um diese Aspekte zu erweitern und zu systematisieren. Wichtig ist bei der Auswertung der Mindmap eine Verbindung zu den in der Einleitung genannten Merkmalen einer Demokratie herzustellen. Auf dieser Grundlage können die Zitate in A3 analysiert und beurteilt werden. Anschließend können die Schülerinnen und Schüler ihre eigene Definition von Demokratie entwickeln.

Baustein B

■ Demokratisches Handeln in der Schule

Im Baustein B beschäftigen sich die Schülerinnen und Schüler mit Demokratie in der Schule. So erkennen sie, dass Demokratie nicht nur ein weit entferntes Thema der „großen Politik“ ist, sondern auch im Nahbereich Schule gelebt werden kann. Sie lernen Beispiele kennen, wie demokratisches Handeln in der Schule gestaltet werden kann.

Die drei Karikaturen in B1 eröffnen verschiedene Perspektiven auf das Thema „Demokratisches Handeln in der Schule“. Die Karikaturen hinterfragen die Rollen sowie das Verhältnis von Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern. Sie regen zum Nachdenken darüber an, wie ein demokratisches Miteinander an Schulen und Demokratielernen gestaltet werden können. B2 stellt das Modell einer Sudbury-Schule mit weitreichender Mitbestimmung durch die Schülerschaft vor. Die Ausgestaltung des demokratischen Handelns an der eigenen Schule kann mit diesem Modell verglichen werden. B3 und B4 thematisieren den Bildungsauftrag, der sich aus der Landesverfassung ableitet, und die Grenzen demokratischen Handelns in Schulen. Die Materialien B5 bis

B6 sollen dabei unterstützen, die Formen der Mitgestaltung an der eigenen Schule sichtbar zu machen, während die Materialien B7 bis B10 anhand unterschiedlicher Beispiele Möglichkeiten aufzeigen, wie demokratisches Handeln in der Schule gestaltet werden kann. Hierbei soll auch die Rolle von Lehrkräften, Schulleitung und Eltern berücksichtigt werden. Die Fallbeispiele sollten zudem kritisch beurteilt werden.

Baustein C

■ Demokratie in der Gemeinde mitgestalten

Baustein C nimmt mit der Gemeinde die kommunale Ebene in den Blick, die nach der Schule das nähere politische Umfeld der Schülerinnen und Schüler bildet. Jugendliche in Baden-Württemberg müssen nach der Gemeindeordnung bei jugendrelevanten Themen beteiligt werden. Die Form der Jugendbeteiligung kann von Gemeinde zu Gemeinde variieren.

Das Schaubild C1 gibt einen Überblick über die demokratischen Strukturen auf kommunaler Ebene. Der Auszug aus der Gemeindeordnung in C2 stellt die rechtlichen Grundlagen der Kinder- und Jugendbeteiligung dar. Die Informationen aus C1 und C2 können in der Aufgabe C3 angewendet werden.

Lösung zu C3:

falsch – richtig – richtig – richtig – falsch – richtig – falsch – richtig

C4 kann genutzt werden, um die kommunalen Strukturen auch hinsichtlich der Jugendbeteiligung sichtbar zu machen. Außerdem können die Schülerinnen und Schüler darüber diskutieren, welche Form der Jugendbeteiligung bzw. Jugendvertretung sie in ihrer Kommune haben möchten. Die verschiedenen Formen der Jugendbeteiligung werden zusätzlich mit der problem- und handlungsorientierten Methode **Planspiel** thematisiert. Dies trägt neben der Urteilskompetenz auch zur Förderung der politischen Handlungskompetenz bei. Die Rollen- und Ereigniskarten zum Planspiel stehen online zur Verfügung unter:

www.politikundunterricht.de/2_3_18/demokratie.htm

■ Phasen des Planspiels

Vorbereitungsphase

- ▶ Einführung in das Spiel
- ▶ Einarbeitung in Ausgangslage (C6) und Antragstext (C7)
- ▶ Einteilung der Arbeitsgruppen
- ▶ Einarbeitung in die Rollenprofile (C8)

Spielphase

- ▶ Meinungs- und Willensbildungsphase innerhalb der Arbeitsgruppen
- ▶ Interaktionsphase zwischen den Arbeitsgruppen
- ▶ Konferenz- und Entscheidungsphase mit Diskussion und Entscheidung im Gemeinderat

- ▶ Einsatz der Ereigniskarten (C9), um Prozess zu verlangsamen, wenn sich abzeichnet, dass Schüler/-innen zu schnell zu einer Einigung kommen

Reflexionsphase

- ▶ Ende des Planspiels und Distanzierung von den Rollen
- ▶ Auswertungsphase mit Vergleich von Spielverlauf und -ergebnis mit der Realität sowie Analyse und Beurteilung der gefundenen Lösung

Einteilung der Phasen nach: Peter Massing: „Planspiele und Entscheidungsspiele“ in: Siegfried Frech u. a. (Hrsg.): Methodentraining für den Politikunterricht I, Schwalbach/Ts., 5. Aufl., 2014, S. 169-173

Baustein D

■ Demokratie und Beteiligung auf Landes- und Bundesebene

Neben den demokratischen Strukturen auf Landes- und Bundesebene steht auch die politische Teilhabe im Mittelpunkt von Baustein D. In D1 werden unterschiedliche Beteiligungsformen vorgestellt. Die Spannweite reicht von der Beteiligung an Wahlen über besondere Formen der Meinungsäußerung bis hin zur Teilnahme an Protestaktionen. Die Tabelle (S. 7) systematisiert die Beteiligungsarten und dient als Lösung für D2.

Die Grafiken in D3 bieten die Möglichkeit, sich mit der Entwicklung der Wahlbeteiligung auf Bundesebene und in Baden-Württemberg sowie der Beteiligung nach Altersgruppen bei der letzten Bundestags- bzw. Landtagswahl auseinanderzusetzen. Mit Hilfe der Karikatur in D4 kann der Zusammenhang zwischen Demokratie und Wahlen bzw. Wahlbeteiligung problematisiert werden.

Die Absenkung des Wahlalters bei Landtagswahlen auf 16 Jahre soll in Form einer Talkshow diskutiert werden. Im Vorfeld der Kommunalwahl 2014 in Baden-Württemberg wurden das Wahlalter für Wahlen und Abstimmungen auf kommunaler Ebene bereits auf 16 Jahre gesenkt. Insgesamt stehen sieben verschiedene Rollen zur Verfügung (D6). Zum Einstieg in das Thema eignen sich die

Pro- und Contra-Argumente (D5). Dadurch lernen die Schülerinnen und Schüler zentrale Argumente dieser Diskussion kennen. Die unterschiedlichen Positionen von Jugendlichen (D7) können als Ergänzung zur Vorbereitung auf die Talkshow genutzt werden. Während der Talkshow kommt den beobachtenden Schülerinnen und Schülern eine besondere Rolle zu. Sie dokumentieren und bewerten die Argumente der Talkshowgäste mit Hilfe des Beobachtungsbogens (D8). Diese Notizen bilden die Grundlage der sich anschließenden Auswertung, bei der Stichhaltigkeit, Linearität, Überzeugungskraft und Argumentationsstruktur untersucht werden.

D9 und D10 beschäftigen sich mit dem Thema Bürgerbeteiligung. Die Schülerinnen und Schüler befassen sich mit Vor- und Nachteilen und können in einer Prioritätenliste darstellen, welche Gründe aus ihrer Sicht für den Ausbau von Bürgerbeteiligung sprechen.

In D11 wird die besondere Rolle der Parteien im politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess verdeutlicht, während die Grafik D12 deren Bedeutung durch abnehmende Mitgliederzahlen relativiert. Die Karikatur „Museumsreif“ (D13) kann genutzt werden, um die Rolle und Bedeutung der Parteien innerhalb der Klasse zu beurteilen und zu diskutieren. Das Thema direkte Demokratie wird am Beispiel der Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene (D15) behandelt und bietet die Möglichkeit zu einer Pro- und Contra-Diskussion.

Beteiligungsform	Beschreibung	Beispiele aus D1
legaler Protest	legale, nicht institutionalisierte und unkonventionelle Beteiligungsformen	4, 6, 7, 8
Wahlen und Abstimmungen	Kernelement der Beteiligung: einfachste und konventionelle Form in einem repräsentativen System	2, 9, 10, 15
politische Gewalt	extremste Form politischer Beteiligung, die sich in Gewalt gegen Sachen und Personen ausdrückt – verboten und strafbar	9, 14
parteibezogene Aktivitäten	Mitgliedschaft/Mitarbeit in Parteien – über das Wählen hinausgehende Aktivitäten	2, 3, 11, 15
ziviler Protest	illegale, unkonventionelle gewaltlose Aktivitäten, die gegen geltendes Recht verstoßen können	12
problem- oder politikerbezogene Aktivitäten	legale und unkonventionelle, aber begrenzte Formen politischer Beteiligung	1, 2, 4, 5, 6, 7, 8, 11, 12, 13, 16

Baustein E

■ Zukunft der Demokratie im digitalen Zeitalter

Im Baustein E geht es um den Einfluss und die Veränderungen im Zusammenhang mit der zunehmenden Digitalisierung der Gesellschaft. Dies wird mit einem Ausblick zur Zukunft der Demokratie verbunden. Die Materialien E1 und E2 beschäftigen sich mit den Auswirkungen durch das Internet auf demokratische Prozesse. Mit Hilfe von E2 wird deutlich, dass nicht alle Bevölkerungsgruppen gleich stark durch Internet und soziale Medien betroffen sind. Bei der Auswertung hinsichtlich des Medienverhaltens von Jugendlichen kann die aktuelle JIM-Studie genutzt werden:

<http://www.mpfs.de/studien/>

E3 und die Karikatur in E4 ermöglichen eine kritische Auseinandersetzung mit Formen der Online-Beteiligung und des politischen Protests über soziale Netzwerke wie beispielsweise Online-Petitionen oder Hashtag-Kampagnen. Neben der Kampagne „#wirsindmehr“, die sich überwiegend auf Deutschland bezieht, kann in der Diskussion auch die „#MeToo“-Kampagne aufgegriffen werden.

Der Text in E5 kann genutzt werden, um sich mit der Gefahr durch Social Bots zu beschäftigen, während die Materialien E6 und E8 sich mit dem Für und Wider von Online-Wahlen befassen.

Einstellungen zur Zufriedenheit und Akzeptanz werden in E7 anhand aktueller Ergebnisse aus der 15. Shell-Jugendstudie präsentiert. Sie können von den Schülerinnen und Schülern analysiert und bewertet sowie anschließend zu den eigenen Einstellungen ins Verhältnis gesetzt werden. Zudem kann mit Hilfe der beiden Schaubilder der Umgang mit statistischen Daten geübt werden.

Die abschließende Aufgabe zur Zukunft der Demokratie kann als Szenario-Übung gestaltet werden. Die Schülerinnen und Schüler entwickeln in Kleingruppen Kurzgeschichten, wie sich ihrer Meinung nach die Demokratie in den kommenden 20 Jahren entwickeln wird. Statt Kurzgeschichten können auch Nachrichten oder Schlagzeilen entworfen werden. Die Aufgabe E9 bildet den Einstieg in diese Übung. Die drei Bereiche geben die Spannweite der Szenarien vor.

Weiterführende Informationen zur Szenario-Methode:

<http://www.bpb.de/lernen/formate/methoden/62269/methodenkoffer-detailansicht?mid=275>

Baustein F

■ 100 Jahre Demokratie – Die Weimarer Republik

Baustein F ist als Exkurs und Rückblick auf die Weimarer Republik gedacht und bietet die Möglichkeit, sich mit der Entstehung und dem Niedergang der 1919 in Weimar gegründeten ersten deutschen Demokratie zu beschäftigen. Sie war durch die deutsche Kriegsniederlage in mehrfacher Hinsicht belastet: Neben den materiellen Folgen wurde die neue demokratische Spitze von Mitgliedern der alten Elite für die Kriegsniederlage verantwortlich gemacht (»Dolchstoßlegende«). Auch zentrale Bestimmungen der Weimarer Verfassung sollten zu einer Belastung der Demokratie werden. Im Baustein F wird überwiegend mit historischen Quellen gearbeitet.

F1 thematisiert, wie die Menschen am 9. November 1918 über die Abdankung des Kaisers Wilhelm II. informiert wurden. Bemerkenswert ist, dass der Kaiser zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Nachricht seiner Abdankung noch nicht zugestimmt hatte und der amtierende Reichskanzler Prinz Max von Baden diese eigenmächtig verkündete.

Unter der Leitung von Friedrich Ebert verkündete der Rat der Volksbeauftragten am 12. November 1918 weitreichende Veränderungen – unter anderem den Achtstundentag und das Frauenwahlrecht. Die historische Quelle in F2 macht diese wesentlichen Neuerungen sichtbar. Die Schülerinnen und Schüler können diskutieren, welche Auswirkungen diese Beschlüsse auf Staat und Gesellschaft mit sich brachten. Einzelne Punkte der Verkündigung vom 12. November 1918 können auch mit Formulierungen im Grundgesetz verglichen werden.

Zur Einschätzung, wie stark die politischen Veränderungen nach dem Ende der Monarchie waren oder nicht, dient der Vergleich der Wahlergebnisse von 1919 und 1912 (F3).

Am Beispiel eines Auszugs aus der Rede Friedrich Eberts, der am 11. Februar zum Reichspräsidenten gewählt wurde, zur Eröffnung der Nationalversammlung am 6. Februar 1919 (F4) werden die Zielsetzungen zur zukünftigen Entwicklung der ersten deutschen Demokratie, aber auch die sich abzeichnenden politischen Konflikte sichtbar.

In F5 geht es um das Frauenwahlrecht. Zu den ersten in ein deutsches Parlament gewählten Frauen gehörte Marianne Weber, Ehefrau des Nationalökonomen Max Weber. Am 15. Januar 1919 war sie die erste Frau, die in einem deutschen Parlament, der Badischen Nationalversammlung, sprach. Mit Hilfe der Bilder in F6, welche die Rolle der Frauen im Ersten Weltkrieg veranschaulichen, können ihre Aussagen zum neuen Frauenwahlrecht verglichen und interpretiert werden.

Der Reichspräsident hatte in der Weimarer Republik eine besonders starke Stellung („Ersatzkaiser“). Er war genau wie der Reichstag direkt durch eine Volkswahl legitimiert. Mit umfangreichen Kompetenzen, z. B. Artikel 48 (Notstandgesetzgebung) oder Artikel 25 (Auflösung des Reichstags), hatten die Schöpfer der Weimarer Verfassung den Reichspräsidenten zu einer gleichberechtigten politischen Kraft neben dem Parlament gemacht. Die Materialien F7 und F9 thematisieren die Frage, wie die Weimarer Verfassung den Reichspräsidenten als Staatsoberhaupt im politischen System positioniert hat. Außerdem ermöglichen sie einen Vergleich mit der Rolle des Bundespräsidenten. Bei F8 können sich die Schülerinnen und Schüler mit den Pro- und Contra-Argumenten für eine Direktwahl des Bundespräsidenten auseinandersetzen.

Lösung F8:

Pro: 2, 3, 5, 8, 9, 12

Contra: 1, 4, 6, 7, 10, 11

F10 bis F12 beschäftigen sich mit der sogenannten »Dolchstoßlegende«. Diese wurde zu einer schweren Hypothek der neuen Republik. Der spätere Reichspräsident und Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg propagierte die »Dolchstoßlegende«, wonach das deutsche Heer seinen Gegnern aufgrund fehlender Unterstützung durch die »Heimatfront« unterlegen gewesen sei. Mit besserer Unterstützung durch die Heimatfront hätte Deutschland den Ersten Weltkrieg (noch) gewinnen können. Hindenburg steht dabei symptomatisch für einen Teil der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Elite, die die Weimarer Republik ablehnte und teilweise aktiv bekämpfte.

Verschiedene Tagebucheinträge von Henry Graf Kessler (F13) vermitteln einen Eindruck über das öffentliche Klima in der Endphase der Weimarer Republik sowie über die Rolle der starken Kräfte auf der extremen linken und rechten Seite des politischen Spektrums.

Demokratie –

(er-)leben – gestalten – entscheiden

Texte und Materialien für Schülerinnen und Schüler
2/3 – 2018

Baustein A: Einstieg in das Thema Demokratie

- A1 – A2 Aspekte einer Demokratie
- A3 – A4 Definition und Bedeutung von Demokratie

Baustein B: Demokratisches Handeln in der Schule

- B1 Karikaturen
- B2 – B4 Demokratie in der Schule und ihre Grenzen
- B5 – B10 Teilhabe und Gestaltungsmöglichkeiten in der Schule

Baustein C: Demokratie in der Gemeinde mitgestalten

- C1 – C3 Beteiligungs- und Wahlmöglichkeiten in der Gemeinde
- C4 Steckbrief „Meine Kommune“
- C5 – C9 Jugendbeteiligung

Baustein D: Demokratie und Beteiligung auf Landes- und Bundesebene

- D1 – D2 Beteiligungsformen in der Demokratie
- D3 – D4 Wahlen und Wahlbeteiligung
- D5 – D8 „Wählen ab 16“ auf Landesebene
- D9 – D10 Bürgerbeteiligung
- D11 – D13 Rolle der Parteien
- D14 – D15 Direkte Demokratie

Baustein E: Zukunft der Demokratie im digitalen Zeitalter

- E1 – E6: Internet, soziale Medien und Demokratie
- E7: Akzeptanz und Zufriedenheit mit der Demokratie
- E8 Online-Wahlen
- E9: Zukunft der Demokratie

Baustein F: 100 Jahre Demokratie – Die Weimarer Republik

- F1 – F4: Ende der Monarchie und Aufbau der Demokratie
- F5 – F6: Rolle der Frau und Frauenwahlrecht
- F7 – F9: Rolle des Reichspräsidenten
- F 10 – F11: „Dolchstoßlegende“
- F13: Niedergang der Demokratie

A

Einstieg in das Thema
Demokratie

Materialien A1 – A4

A1 Aspekte einer Demokratie



Schau dir die Bilder an und und notiere dir Stichpunkte, welche Aspekte von Demokratie auf den vier Bildern zu sehen sind.



Quelle: (c) dpa



Quelle: picture alliance/mageBROKER



Quelle: (c) dpa



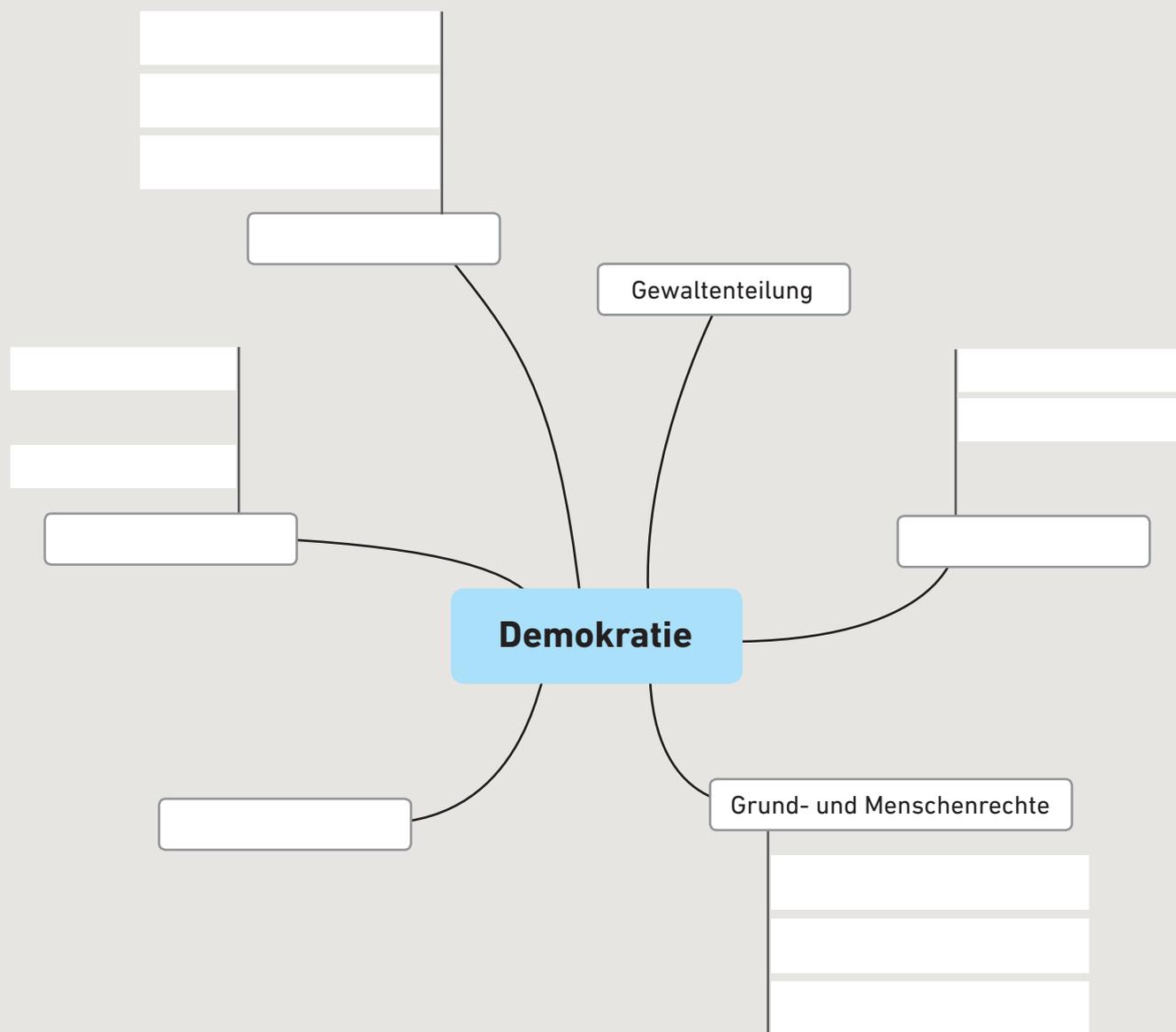
Quelle: picture alliance/zenit/bild

Mindmap Demokratie

A2



Vervollständige die Mindmap und fülle die noch leeren Felder aus.
Du kannst auch weitere Verzweigungen und Felder hinzufügen.



A3 Was heißt Demokratie?



Lies dir die Definitionen durch und arbeite heraus, welche Aspekte von Demokratie jeweils betont werden.

„Demokratie heißt immer: die Bereitschaft, nicht nur eigene Interessen zu sehen, und die Fähigkeit zum Ausgleich und Kompromiss.“

Frank-Walter Steinmeier (geb. 1956), seit 2017 Bundespräsident

„Wenn es morgens um sechs Uhr an meiner Tür läutet und ich kann sicher sein, dass es der Milchmann ist, dann weiß ich, dass ich in einer Demokratie lebe.“

Winston Churchill (1874–1965), 1940–1945 und 1951–1955 britischer Premierminister

„Demokratie: die Regierung des Volkes durch das Volk für das Volk.“

Abraham Lincoln (1809–1865), 1861–1865 US-Präsident

Demokratie ist auch gar nicht bequem, sie ist sogar anstrengend, manchmal sehr anstrengend.

Der große Vorteil der Demokratie besteht jedoch darin, dass sie beständig die Chance zur Selbstkorrektur in sich trägt, nicht zuletzt die Chance, eine neue Regierung zu wählen.

Joachim Gauck (geb. 1940), zwischen 2012–2017 Bundespräsident

„In einer Demokratie brauchen Entscheidungen Zeit. Nur die Diktatur ist schnell.“

Rita Süssmuth (geb. 1937), zwischen 1988 und 1998 Bundestagspräsidentin

Was bedeutet Demokratie für dich?

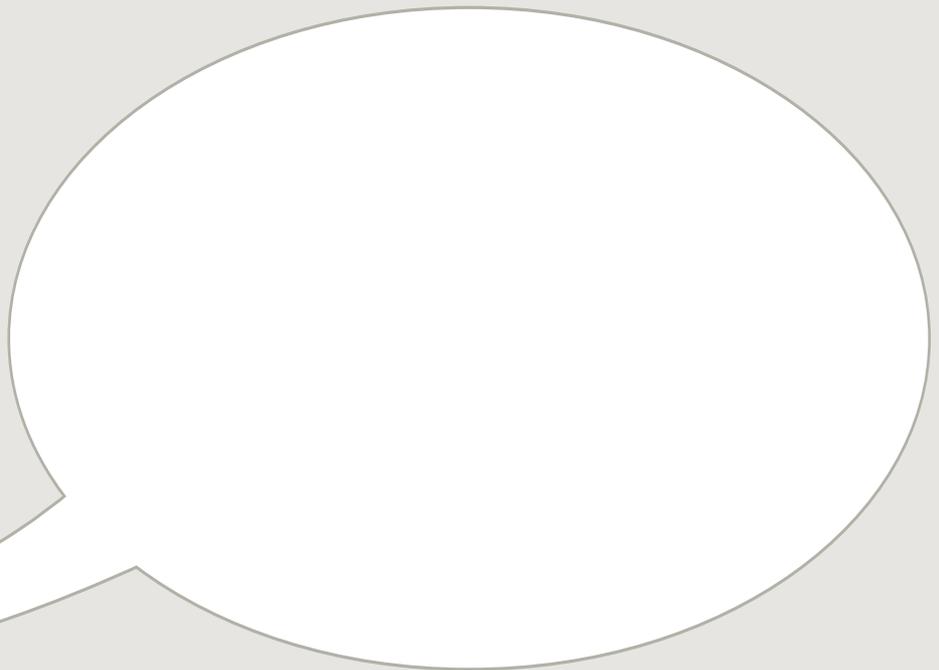
A4



Fülle die Sprechblase aus.

Tausche dich mit deinen Mitschülerinnen und Mitschülern anschließend über eure Definitionen aus. Welches sind die Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Definitionen?

„Demokratie
bedeutet für mich ...“



Arbeitsanregungen

A1–A4

- ▶ Recherchiert im Internet nach weiteren Definitionen, was Demokratie ausmacht, und diskutiert, welche Definition euch am meisten überzeugt.
- ▶ Bearbeitet mit Hilfe eines Grundgesetzes folgende Fragen:
 - a) Welche Grund- und Menschenrechte werden im Grundgesetz genannt?
 - b) Welche Strukturprinzipien werden in Art. 20 GG aufgeführt?
 - c) Nach welchen Grundsätzen (Art. 38 GG) müssen in Deutschland alle demokratischen Wahlen ablaufen?
- ▶ Bildet Arbeitsgruppen und überlegt euch, wie ihr die im Grundgesetz genannten Grund- und Menschenrechte pantomimisch darstellen könnt. Anschließend stellt jede Gruppe nacheinander ihre Ergebnisse vor, während die anderen Gruppen raten, welche Grund- und Menschenrechte dargestellt werden.

B

Demokratisches Handeln in der Schule

Materialien B1 – B10

B1 Karikaturen



Analysiere die Karikaturen nach folgendem Schema:

Schritt 1: Beschreibe, was du auf der Karikatur siehst.

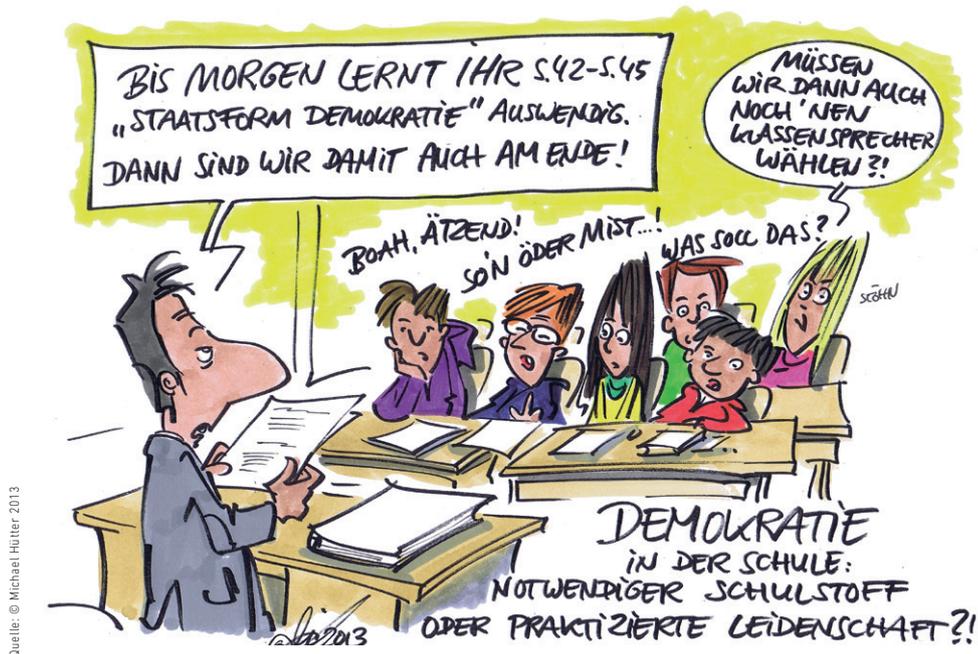
Schritt 2: Analysiere die Situation, auf die sich der Karikaturist bezieht
sowie die dargestellten Personen und Symbole.

Schritt 3: Arbeite heraus, welche Sichtweise der Karikaturist zum Thema einnimmt.

Schritt 4: Interpretiere die Karikatur und nimm zur Position des Karikaturisten Stellung.



Quelle: © Holger Appenzeller 2007



Arbeitsanregungen

- ▶ Diskutiert in der Klasse, welche Karikatur den Schulalltag an eurer Schule am besten wiedergibt.
- ▶ Nennt Beispiele, was beim Thema Demokratie und Beteiligung an eurer Schule gut oder nicht so gut funktioniert.
- ▶ Beschreibt, welches Verständnis von Demokratie in der ersten Karikatur zum Ausdruck kommt.
- ▶ Notiert Gründe, warum sich Schülerinnen und Schüler bzw. Lehrerinnen und Lehrer über die jeweils anderen beschwerten.

B2 Interview zum Sudbury-Modell

Niklas geht in die 10. Klasse einer Gemeinschaftsschule. Er hat sich mit Tanja getroffen. Sie besucht eine Sudbury-Schule. Das ist eine private Schule, die nach dem sogenannten Sudbury-Modell arbeitet. Das bedeutet, dass sich das Schulleben am Vorbild der Sudbury Valley School in den USA orientiert. Diese wurde 1968 gegründet. Was da alles anders ist, erfährst du von Tanja im Interview. Niklas will alles über ihren Schulalltag wissen:

Niklas: Deine Schule ist ja nicht so wie meine. Was ist denn das Besondere an so einer Sudbury-Schule?

Tanja: Meine Schule ist eine demokratische Schule. Davon gibt es in Deutschland und auf der Welt insgesamt etwa 70 Schulen.

Niklas: Was meinst du denn mit „demokratische Schule“?

Tanja: Das heißt, dass wir Schülerinnen und Schüler ganz viel selbst entscheiden und mitbestimmen dürfen und nicht einfach die Erwachsenen alles machen, wie sie es wollen.

Niklas: Und wie macht ihr das dann genau mit dem Mitbestimmen?

Tanja: Also, wir haben eine wöchentliche Schulversammlung, in der wir gemeinsam mit allen Schülerinnen und Schülern und Lehrerinnen und Lehrern Entscheidungen treffen, die die Schule betreffen. Wir beschließen alle Regeln, die in der Schule gelten sollen, selbst. Dabei haben alle genau eine Stimme. Deshalb kann es auch mal sein, dass wir Schülerinnen und Schüler die Lehrer überstimmen. Zum Beispiel haben wir beschlossen, lieber eine Kletterwand für die Schule zu kaufen als drei neue Smartboards.

Niklas: Wow, cool! Aber könntet ihr dann auch einfach entscheiden, dass ihr gar keine Schule mehr haben wollt oder sowas?

Tanja: Nein, wir müssen uns schon an die normalen Gesetze halten. Und in Deutschland gibt es ja die Schulpflicht. Deshalb ist das bei uns auch so. Aber wir gehen eigentlich auch alle gern in die Schule, weil wir viele Freiheiten haben und mitbestimmen können.

Niklas: Okay. Wir haben an unserer Schule ja zum Beispiel Klassensprecherwahlen, ich bin auch in der SMV

und es gibt die Schulkonferenz, wo wir bei ein paar Themen mitentscheiden dürfen. Ist das dann auch schon eine demokratische Schule?

Tanja: Naja, bei uns geht das schon noch etwas weiter. Zum Beispiel schaut auch der Unterricht bei uns ganz anders aus. Wir suchen uns selbst aus, was wir lernen wollen, wann wir es lernen wollen, wie und mit wem wir es lernen wollen. Erst wenn wir Hilfe brauchen, fragen wir unsere Lehrerinnen und Lehrer, die bei uns übrigens Lernbegleiter heißen.

Niklas: Und wie schaut dann so ein normaler Schultag bei euch aus?

Tanja: Wir dürfen morgens zwischen 8 und 9 Uhr kommen. Dann schreiben wir uns selbst Tages- oder Wochenpläne mit allem, was wir lernen möchten. Wir haben viele Materialien, mit denen wir den Stoff dann selbst lernen können. Wir lernen auch viel allein oder in kleineren Gruppen. Die Lernbegleiterinnen und -begleiter unterstützen uns dabei.

Niklas: Aber wenn ihr alle was anderes lernt, wie schreibt ihr denn dann Klassenarbeiten?

Tanja: Wir haben eigentlich keine gemeinsamen Tests oder Schulaufgaben. Die meisten Materialien haben eigene Tests mit Lösungen dabei, die Tests können wir dann machen und uns selbst überprüfen.

Niklas: Und Hausaufgaben?

Tanja: Hausaufgaben gibt es eigentlich nicht. Doch manchmal gibt es besondere Unterrichtskurse. Da kann es schon mal sein, dass wir Hausaufgaben vereinbaren. Solche Kurse können übrigens auch von Schülerinnen und Schülern angeboten werden.

Niklas: Das heißt also, dass ihr manchmal auch wie eine Lehrerin oder ein Lehrer seid?

Tanja: Klar, warum nicht. Wenn du zu einem bestimmten Thema sehr viel weißt und es dich besonders interessiert.

Niklas: Das ist alles ganz anders als bei uns. Ihr habt ganz schön viele Freiheiten beim Lernen und könnt auch in der Schule allgemein viel mitbestimmen. Aber das verlangt auch einen großen Einsatz. Ich muss mal überlegen, ob ich das wirklich besser finde.

B4 Grenzen der Demokratie an Schulen



Lies den Text und notiere dir die Gründe, die Demokratie an Schulen erschweren können.

Im Spannungsfeld von Zwang und Freiheit – oder: Kann Schule demokratisch sein?

Dafür gibt es Gründe. Zunächst muss man sich bewusst machen, dass die Ursprünge der deutschen Schule alles andere als demokratisch sind – steht sie doch in der Tradition des autoritären preußischen Verwaltungsstaates, der sie einst etablierte. Auch im Alltagsbewusstsein unserer Tage ist die Schule keineswegs primär ein Ort, an dem junge Menschen Selbstbestimmung und Freiheit erleben. Das Kind ist der Schulpflicht und damit öffentlicher Erziehung und Bildung unterworfen; die Schule teilt Berufs- und damit Lebenschancen zu, indem sie Noten vergibt, Leistungen bescheinigt und Zeugnisse ausstellt (Berechtigungswesen). Die Lerninhalte und -ziele sind gesetzlich vorgegeben. Die Kinder werden in Schulformen und Klassen eingeteilt und einem Klassenlehrer unterstellt (Lehranstalt). Die Lehrkräfte haben einen Erziehungsauftrag, dem viele von ihnen heute kaum mehr gerecht zu werden glauben. Selbst in der humansten Schule verwirklicht sich

also in gewisser Weise ein Zwangsverhältnis, das dem Anspruch und den Möglichkeiten auf Selbst- und Mitbestimmung der Lernenden, der Eltern, aber auch der Lehrkräfte zuwiderlaufen kann. Dieses Spannungsfeld lässt sich nicht vollständig auflösen, aber es lässt sich besser austarieren, als es an unseren Schulen zumeist der Fall ist. Demokratische Schulentwicklung zielt darauf ernsthafte Partizipationsmöglichkeiten zu schaffen. Es geht darum, die Vorstellungen der Lernenden, der Eltern und aller anderen Beteiligten ernst zu nehmen und Mittel und Wege zu finden, sie bei der Gestaltung von Schule und Unterricht so weit wie möglich zu berücksichtigen. Wohl gemerkt: Dafür gibt es keine Patentrezepte; jede Schule muss für sich praktikable Lösungen finden, die zu ihrer Schülerschaft, zum pädagogischen Profil, zum Kollegium und dem eigenen kommunalen Umfeld passen.

Auszug aus „Demokraten fallen nicht vom Himmel! Ein Kommentar“ von Kurt Edler

Quelle: www.bpb.de/gesellschaft/bildung/zukunft-bildung/190329/demokratie-in-der-schule (Zugriff am 9.08.2018); CC by-nc-nd/3.0/Autor: Kurt Edler für bpb.de

B2–B4 Arbeitsanregungen

- ▶ Notiere die Unterschiede zwischen einer demokratischen Schule und deiner Schule in einer Tabelle.
- ▶ Diskutiert, welchen Eindruck ihr von der demokratischen Schule gewonnen habt und ob ihr euch vorstellen könntet, selbst so eine Schule zu besuchen. Nennst Vor- und Nachteile des Besuchs einer demokratischen Schule.
- ▶ Bildet Arbeitsgruppen und erstellt eine Liste mit mindestens zehn konkreten Maßnahmen, mit denen die beiden Auszüge aus der Landesverfassung an den Schulen umgesetzt werden könnten.
- ▶ Tauscht euch in der Klasse darüber aus, welche Gründe es gibt, einen demokratischen Bildungsauftrag in die Landesverfassung aufzunehmen.
- ▶ Erörtert, welche Grenzen von Demokratie und Mitbestimmung es eurer Meinung nach an Schulen gibt.

Teilhabe und Gestaltungsmöglichkeiten an der Schule

B5



Lies dir die unterschiedlichen Mitbestimmungsmöglichkeiten durch und kreuze JA oder NEIN an.

Falls es an deiner Schule noch andere Möglichkeiten gibt, ergänze diese in den freien Zeilen.

	Nutzung an der Schule		Sollte es meiner Meinung nach geben	
	ja	nein	ja	nein
Klassensprecher/-in	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Klassenrat	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Schulsprecher/-in	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Vollversammlung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Arbeitskreise	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Streitschlichtung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Schulzeitung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Feedback	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Arbeitsanregungen

B5, B6

- ▶ Führt mit Hilfe der **Learning App** eine Umfrage durch, wie ihr die Mitbestimmungsmöglichkeiten an eurer Schule bewertet. Ihr könnt an der Umfrage auch andere oder alle Klassen teilnehmen lassen.

<https://learningapps.org/watch?v=p42yfys2k18>



- ▶ Teilt euch in Kleingruppen auf, die jeweils verschiedene Interviewpartner aufsuchen. Versucht möglichst alle am Schulleben beteiligten Gruppen zu interviewen. Denkt daran, die Antworten entweder schriftlich

oder mit dem Handy zu dokumentieren. Fragt aber vorher nach, ob es in Ordnung ist, wenn ihr Tonaufnahmen macht.

- ▶ Wertet die Interviewergebnisse zunächst in eurer Kleingruppe, dann in der Klasse aus. Gestaltet zu jeder Kategorie ein Plakat, auf dem ihr die wichtigsten (häufigsten) Antworten zusammenfasst.
- ▶ Analysiert die Ergebnisse eurer Interviews: Welche Antworten haben euch überrascht? Welche Antworten entsprechen eurer Meinung, welche nicht?
- ▶ Beschließt gemeinsam, ob ihr die Plakate zu euren Interviews der Schulleitung, der SMV oder der gesamten Schule vorstellen möchtet.

B6 Interview zur Mitbestimmung an der Schule



Sammele weitere Fragen zur Mitbestimmung an der Schule, die ihr Schüler/-innen, Lehrer/-innen, der Schulleitung und Eltern stellen wollt. Einige dich mit deinen Mitschülerinnen und Mitschülern auf mindestens zwei weitere Fragen pro Kategorie und ergänze diese auf dem Interviewbogen.

Schülerinnen und Schüler

Welche Mitbestimmungsmöglichkeiten kennst du? Welche davon nutzt du?

Würdest du gern mehr Verantwortung in der Gestaltung deines Schulalltags übernehmen? Wenn ja, wie?

Würdest du gern eigene Projekte umsetzen? Weißt du, an wen du dich damit wenden kannst?

Lehrerinnen und Lehrer

Könnten Sie sich vorstellen, die Schülerinnen und Schüler mehr in die Planung der Unterrichtsinhalte einzubeziehen? Wenn ja, wie?

Wünschen Sie sich mehr Zusammenarbeit zwischen den Lehrkräften und den Schülerinnen bzw. Schülern? Wenn ja, wie könnte diese aussehen?

Schulleitung

Möchten Sie, dass Ihre Schülerinnen und Schüler stärker an Entscheidungen der Schulleitung beteiligt werden? Warum?

Wie beurteilen Sie Möglichkeiten der Schülerinnen und Schüler zur Mitbestimmung an Ihrer Schule?

Eltern

Wie bewerten Sie eine Schule, in der die Schülerinnen und Schüler mehr Verantwortung übernehmen?

Wie können Sie Ihren Kindern helfen, sich in der Schule selbst mehr einzubringen?

B7 Schritte zum Wandertag

1

Alle Steckbriefe werden ausgeschnitten. Steckbriefe mit den gleichen Zielen bzw. Aktivitäten können zusammengefasst werden. Anschließend werden die Steckbriefe in der Klasse ausgehängt.

4

Eine Person aus jeder Gruppe stellt nun in zwei Minuten die Arbeitsergebnisse in der Klasse vor. Die anderen Gruppen haben anschließend zwei Minuten Zeit, um Rückfragen zu stellen.

2

Jede Schülerin, jeder Schüler erhält fünf Klebepunkte (= fünf Stimmen). Alle informieren sich anhand der Steckbriefe und vergeben dann die fünf Klebepunkte an die fünf Steckbriefe, die ihnen am ehesten zusagen. Pro Steckbrief darf ein Klebepunkt vergeben werden. Die fünf Steckbriefe mit den meisten Klebepunkten kommen in die Vorauswahl.

5

In allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahlen wird nun über die fünf Ziele bzw. Aktivitäten abgestimmt. Als Stimmzettel dient ein DIN-A5-Zettel, auf dem jede/-r die Nummer des jeweiligen Ziels bzw. der Aktivität schreibt.

3

Es wird zu jedem der fünf Steckbriefe eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich ausführlich über das Ziel/ die Aktivität des Wandertags informiert (z. B. Zeitumfang, Erreichbarkeit, Kosten, Öffnungszeiten usw.) und weitere Gründe dafür sammelt.

6

Das Ziel bzw. die Aktivität, welches die meisten Stimmen bekommt, hat gewonnen. Viel Spaß beim nächsten Wandertag!

B7 Arbeitsanregungen

- ▶ Schildert eure Eindrücke zur Entscheidung beim Wandertag. Was hat euch an diesem Vorgehen gefallen, und was nicht?
- ▶ Errechnet, mit welcher Mehrheit die Entscheidung zustande gekommen ist. Wenn die Entscheidung mit einfacher Mehrheit (die meisten Stimmen) oder mit

absoluter Mehrheit (Mehrheit der Stimmen) getroffen wurde, könnt ihr über Vor- und Nachteile von Mehrheitsentscheidungen und den Umgang mit der Minderheit diskutieren.

Hausschuhpflicht für alle

B 8



Lies den Bericht zur Hausschuhpflicht und beantworte folgende Fragen:

- ▶ Was war das Problem und über was sollte entschieden werden?
- ▶ Wer war an der Entscheidung beteiligt?
- ▶ Wie ist man zur Entscheidung gekommen?

Henrike (13) lässt Lehrer Hausschuhe tragen

Henrikes Schule kämpft gegen den Dreck – und die Schüler müssen deshalb Hausschuhe im Schulgebäude tragen. „Im Herbst und Winter ist es wegen dem Regen und Schlamm im ganzen Schulhaus schmutzig“, erzählt die 13-Jährige aus Halle. Das Thema sorgt an der Schule immer wieder für heftige Diskussionen. Sie erinnert sich: „Auch schon im letzten Jahr gab es Aufstände gegen die Hausschuhpflicht.“ Nun standen sich an der Schule zwei Fraktionen gegenüber: „Dieses Jahr hat eine 7. Klasse einen Antrag ans Schulparlament gestellt, dass die Hausschuhpflicht wieder aus der Schulordnung gestrichen wird. Zur gleichen Zeit beantragte eine 5. Klasse, dass es eine Hausschuhpflicht für alle geben sollte, also auch für die Mitarbeiter der Schule.“ Da Beteiligung an Henrikes Schule ernst genommen wird, gibt es dort demokratisch verfasste Gremien. Im Schülerrat und im Schülerparlament der Schule stehen nicht die Entscheidungen im Vordergrund, sondern das Aushandeln und das gemeinsame Bilden von Meinungen. „Die beiden Anträge“, beschreibt Henrike den Prozess, „wurden dann im

Schülerrat besprochen und zum Schulparlament weitergeleitet. Dort wurde über die Anträge abgestimmt. Die Mehrheit der Stimmen gab es für eine Hausschuhpflicht für alle.“

Nach der Abstimmung wurde die Hausschuhpflicht mit in die Schulregeln aufgenommen, berichtet Henrike. „Bei mir in der Klasse funktioniert das mit den Wechselschuhen eigentlich schon ganz gut, weil wir sonst mit Strümpfen herumlaufen müssten. Und wenn auch nur einer seine Wechselschuhe nicht trägt, dann trägt unsere Klassenlehrerin auch keine mehr!“ Doch noch folgt nicht die ganze Schule den neuen Regeln: „Aber wenn man nicht nur auf meine Klasse schaut, sondern auch auf die anderen, dann tragen manche noch keine Hausschuhe.“ Für Henrike ist es wichtig, dass die unterlegene Minderheit nun nicht einfach gezwungen wird, der Mehrheit zu folgen. Deshalb weiß sie, was als Nächstes zu tun ist: „Die müssen wir noch überzeugen!“

Quelle: DemokratieErleben ein Projekt der Körberstiftung, der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung und der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik / <http://www.demokratieerleben.de/erlebnisorste/16/>

Arbeitsanregungen

B 8–B 10

- ▶ Sammelt Beispiele, wie ihr euren Anliegen und Interessen in der Schule Gehör verschafft, und tauscht euch in der Klasse über eure Beispiele aus.
- ▶ Bildet Kleingruppen und überlegt euch Anliegen, die ihr an eurer Schule lösen wollt. Entwickelt anschließend in einer Gruppenarbeit eine Strategie, wie ihr vorgehen wollt, um euer Anliegen umzusetzen.
- ▶ Diskutiert, ob ihr für oder gegen die Einführung von einem Beteiligungskonzept wie *aula* an eurer Schule seid.

B9 Online-Beteiligung an der Schule

Was ist **aula**?

aula besteht aus



aula ist ein Konzept zur **Beteiligung** an allen weiterführenden **Schulen**

Am Anfang legt die **Schulkonferenz** in einem **Vertrag** die Möglichkeiten und Grenzen der Beteiligung mit aula fest. Auf dieser Grundlage können dann verbindliche Entscheidungen getroffen werden.



Ob eine Idee dem Vertrag entspricht und umsetzbar ist, wird vor der Abstimmung überprüft

SchülerInnen können



aula hilft...



www.aula.de

- EIN PROJEKT VON -

politik-digital e.V.

- GEFÖRDERT DURCH -

bpb: Bundeszentrale für politische Bildung

- MIT UNTERSTÜTZUNG VON -

LiquidDemocracy e.V.

Quelle:
CC-BY Marina
Weisband

Ein Jahr mit aula – gelingende Partizipation braucht viel Zeit und Kraft

B 10



Lies den Text und arbeite heraus, welche Schwierigkeiten es aus Sicht des Lehrers bei der Einführung von *aula* gab.

[...] **aula ≠ Social Media**

Theoretisch ist *aula* ein soziales Netzwerk. Die Erfahrung hat aber gezeigt, dass es hier manche Hürden zu überwinden gilt. Man hat zwar eine eigene Profilseite, kann Beiträge posten, liken und kommentieren. *Nur dass die Profilseite keine Rolle spielt, es dazu (noch) keine App und Push-Benachrichtigungen gibt, es kein offenes soziales Netzwerk ist und es vorher nicht Bestandteil des Schüleralltags war und von außen eingeführt wurde. [...]*

Weil *aula* nicht allen Mechanismen von sozialen Netzwerken unterliegt, muss man an einigen Stellen mehr Energie investieren. Dass Social Media (gedanklich aus Schülersicht) normalerweise nichts mit Schule zu tun hat, mag auch einen Teil zu der einen oder anderen Startschwierigkeit beigetragen haben. Natürlich stellen weder Attraktivität noch Akzeptanz von Instagram & Co kein realistisches Ziel dar. Dass *aula* aber mehr als ein Mal die Woche im Schulalltag stattfindet, müsste jedoch möglich sein. [...]

Ein Jahr ist kein Jahr

Ein Jahr mit *aula* war eigentlich gar kein Jahr mit *aula*. Zu Beginn musste z. B. ein *aula*-Vertrag ausgearbeitet werden, der erst nach dem Beschluss in der Schulkonferenz [...] in Kraft treten konnte. Das war bei uns erst am 28. November möglich. [...] *aula* ist nicht nur ein Projekt, das man nebenher abhandeln kann. Es geht um ein grundlegend verändertes Verständnis von Beteiligung. So eine gravierende Veränderung benötigt viel Zeit, Kraft und Ausdauer. [...] Deshalb darf *aula* nicht die Angelegenheit einer Person oder Gruppe sein, sondern sollte von allen Schultern in der Schule getragen werden. Ein anspruchsvolles und langfristiges Ziel, würde ich heute sagen. Ob in den monatlichen Schülerratsitzungen, Stufenversammlungen oder in Lehrerkonferenzen – *aula* sollte ein fester Bestandteil sein und immer wieder reflektiert werden. Ein Umdenken kann nur gelingen, wenn die *aula*-Stunden nicht nur stattfinden, sondern auch gezielt genutzt werden, um Mitbestimmung in all seinen Facetten zu lernen und zu üben. Es genügt nicht, „nur“ partizipative Elemente zur Verfügung zu stellen und darauf zu verweisen.

Die größte Wirksamkeit hat *aula* meiner Meinung nach damit erreicht, bestehende und fehlende Beteiligung transparent zu machen und immer wieder die Frage aufzuwerfen, wo wir unsere Prioritäten setzen wollen. [...] Es hängt in erster Linie nicht vom

Konzept ab, sondern von der Priorisierung. Wenn *aula*-Stunden nicht stattfinden, liegt das nicht daran, dass Lehrende gegen *aula* oder Mitbestimmung sind, sondern dass Fachunterricht oder andere Aufgaben bei ihnen eine höhere Priorität erhalten. Und genau das gilt es immer wieder zu diskutieren.

Einen weiteren Erfolg von *aula* sehe ich in der erhöhten Wahrnehmung der SMV (Schülermitverantwortung) im Kollegium, durch die Posts und Debatten im und außerhalb des Netzes. Das hat dazu geführt, dass Ideen, an welcher Stelle und wie man die Schülerschaft beteiligen kann, auch immer mehr von allen Lehrerinnen und Lehrern bedacht und formuliert werden.

Neues Jahr, neues Glück

Im zweiten Schuljahr startet *aula* mit einem neuen Anreiz. Über eine Crowdfunding-Aktion wurden zwischen Februar und April ca. 3400 € gesammelt, die nun für Projektideen eingesetzt werden können. [...] Beim letzten Schul-Barcamp gab es eine Session zum *aula*-Projekt, bei der folgende Verbesserungsvorschläge gemacht wurden:

- ▶ Aufgaben für die *aula*-Stunden sollen ausgetauscht werden (z. B. Pro- und Kontra-Argumente aufbauen, Analyse der bisherigen Kommunikationskultur und Lösungsansätze bei Problemen gemeinsam entwickeln, zielführende Kommentare üben).
- ▶ *aula* im Fachunterricht (zusätzlich zur *aula*-Stunde) integrieren. Hierfür soll das Kollegium nach Schnittpunkten suchen.
- ▶ Smartphones der Schülerschaft zu Beginn des Monats nutzen (Flat noch vorhanden), um sich den Gang zum PC-Raum zu sparen.
- ▶ *aula*-Plakate in allen Schulräumen aufhängen, die jede Phase einer Idee bis zur Umsetzung visualisieren.
- ▶ *aula* muss nicht im PC-Raum thematisiert werden. Eine Idee herausgreifen und gemeinsam ausbreiten (fehlende Fragen und Antworten usw.). [...]

Ende letzter Woche hat die knapp 30-köpfige Schülervertretung geplant, *aula* noch stärker zu etablieren. Den Anfang haben sie mit drei Ideen, die sie gleich bei *aula* gepostet und via Snapchat beworben haben, und einer neuen Taktik gesetzt: Meine fünf Stimmen. Der Plan ist es, dass jede/-r der 30er-Gruppe mindestens fünf Mitschülerinnen und Mitschüler zum Voten motiviert und so die einfache Mehrheit für Ideen erreicht wird. Ob und wie gut das funktioniert, wird sich zeigen. [...]

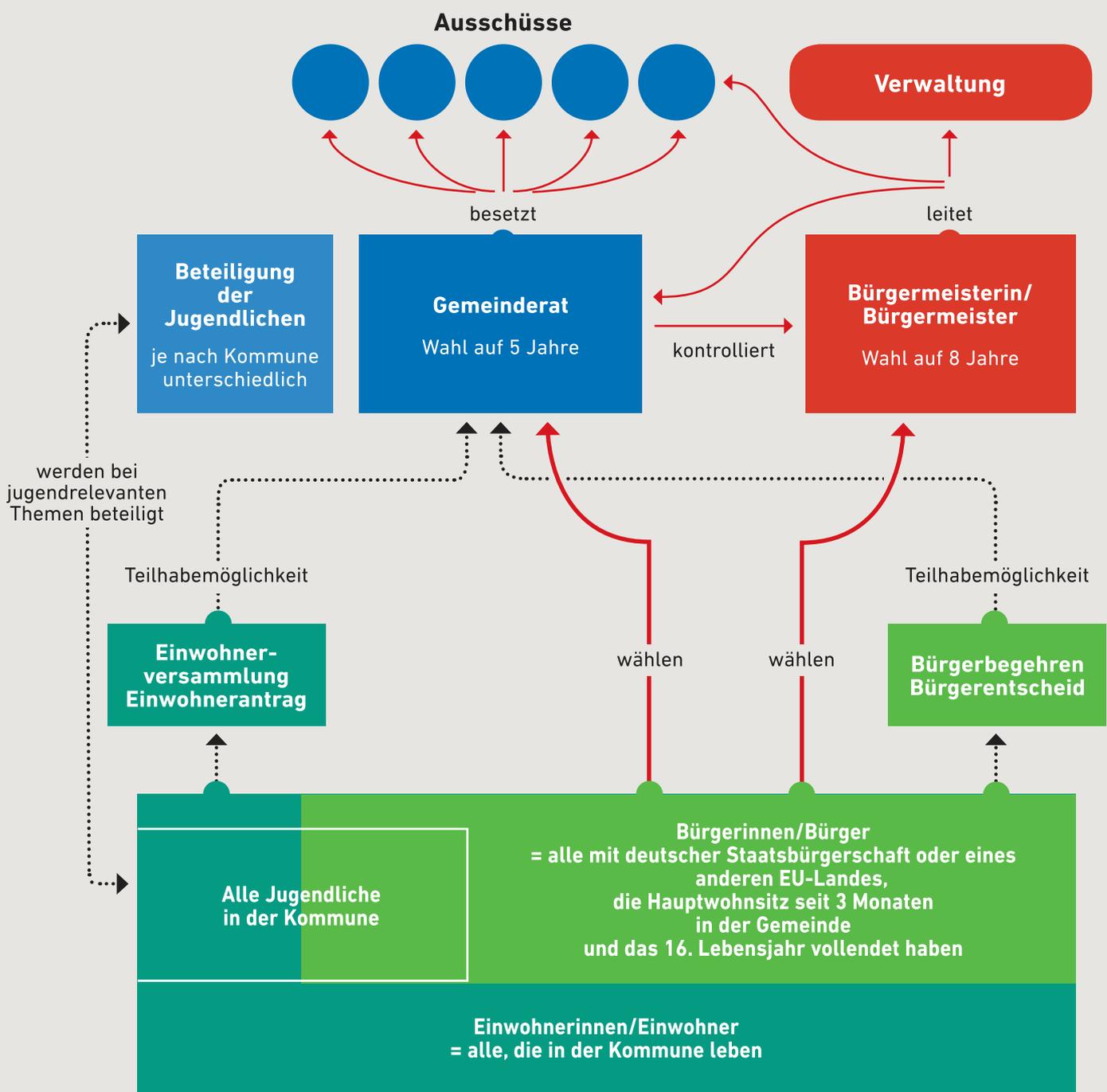
Autor: Dejan Mihajlovic ist Lehrer an der Pestalozzi-Realschule in Freiburg. Der vollständige Text findet sich unter <https://mihajlovicfreiburg.com/2017/11/12/ein-jahr-mit-aula-gelingende-partizipation-braucht-viel-zeit-und-kraft/>

C

Demokratie in der Gemeinde mitgestalten

Materialien C1 – C9 (aber C8 und C9 nur online)

C1 Teiligungs- und Wahlmöglichkeiten in der Gemeinde



Kinder- und Jugendbeteiligung

C2



Gemeindeordnung 41 a Auszug

- (1) Die Gemeinde soll Kinder und muss Jugendliche bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, in angemessener Weise beteiligen. Dafür sind von der Gemeinde geeignete Beteiligungsverfahren zu entwickeln. Insbesondere kann die Gemeinde einen Jugendgemeinderat oder eine andere Jugendvertretung einrichten. Die Mitglieder der Jugendvertretung sind ehrenamtlich tätig.
- (2) Jugendliche können die Einrichtung einer Jugendvertretung beantragen. [...] Der Gemeinderat hat innerhalb von drei Monaten nach Eingang des Antrags über die Einrichtung der Jugendvertretung zu entscheiden; er hat hierbei Vertreter der Jugendlichen zu hören.
- (3) In der Geschäftsordnung ist die Beteiligung von Mitgliedern der Jugendvertretung an den Sitzungen des Gemeinderats in Jugendangelegenheiten zu regeln; insbesondere sind ein Rederecht, ein Anhörungsrecht und ein Antragsrecht vorzusehen.
- (4) Der Jugendvertretung sind angemessene finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Über den Umfang entscheidet der Gemeinderat im Rahmen des Haushaltsplans. Über die Verwendung der Mittel ist ein Nachweis in einfacher Form zu führen.

Quelle: <https://dejure.org/gesetze/GemO>

Richtig oder falsch?

C3



Lies die folgenden Aussagen durch. Entscheide mit Hilfe der Materialien C1 und C2, ob sie richtig oder falsch sind, und kreuze entsprechend an.

	richtig	falsch
In jeder Kommune in Baden-Württemberg muss es einen Jugendgemeinderat geben.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Bürgermeisterin/der Bürgermeister leitet die Sitzungen des Gemeinderates und seiner Ausschüsse.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Bürgerinnen und Bürger können einen Bürgerentscheid herbeiführen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Bei Planungen und Vorhaben in der Kommune müssen die Interessen von Jugendlichen berücksichtigt werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Der Gemeinderat leitet die Verwaltung.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Einwohnerinnen und Einwohner können eine Einwohnerversammlung beantragen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Gemeinderat und Bürgermeister/-in werden jeweils auf fünf Jahre gewählt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Jugendvertretung soll im Gemeinderat Rede-, Anhörungs- und Antragsrecht haben.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

C4 Steckbrief „Meine Kommune“



Erstelle für deine Stadt oder Gemeinde einen Steckbrief. Recherchiere nach den Antworten auf der Homepage der Kommune oder frage in der Verwaltung nach.



Steckbrief der Kommune

Einwohnerzahl:

Alter der Kommune

Name von Bürgermeister/Bürgermeisterin

Im Amt seit

Mitglieder im Gemeinderat

Sitzverteilung im Gemeinderat

Form der Jugendbeteiligung

Andere Formen der Bürgerbeteiligung

Aktuelle Bürgerbegehren bzw. -entscheide

Aktueller Haushalt (Einnahmen und Ausgaben)

C1-C4 Arbeitsanregungen

- ▶ Diskutiert, ob die Art der Jugendbeteiligung bei euch vor Ort ausreichend ist und was ihr verbessern würdet.
- ▶ Verfasst einen Brief an den/die Bürgermeister/-in und die Mitglieder im Gemeinderat, indem ihr beschreibt, wie ihr euch die Jugendbeteiligung in eurer Kommune vorstellt.

Anleitung zum Planspiel

C5



Alle lesen die Ausgangslage und den Antrag.
Anschließend werden beide Texte (C 6 und C 7) gemeinsam besprochen.

Nun werden je nach Klassengröße für alle Rollenkarten Kleingruppen mit 2 bis 5 Personen gebildet.

Jede Gruppe liest ihre Rollenbeschreibung und arbeitet ihre Position zum Antrag der Freien Liste für Umwelt und Gesellschaft heraus.

Die Gruppen überlegen sich Argumente für ihre Position. Gruppen, die nicht für den Antrag der Freien Liste Umwelt und Gesellschaft sind, können eigene Anträge verfassen. Jede Gruppe schreibt anschließend eine kurze Rede, in der die eigene Position und die eigenen Argumente dargestellt werden.

Zu Beginn der Gemeinderatssitzung stellt jede Gruppe ihre Position vor. Anschließend wird über den Antrag sowie mögliche weitere Anträge oder Änderungen diskutiert. Und zum Abschluss wird anhand der Sitzverteilung im Gemeinderat abgestimmt.

Nach dem Planspiel findet eine Auswertung anhand folgender Fragen statt:

1. Wie habe ich mich im Planspiel gefühlt?
2. Konnte ich meine Meinung und meine Argumente gut vertreten?
3. Bin ich mit dem Ergebnis zufrieden oder nicht?
4. Was hat mir am Planspiel gefallen, was nicht?
5. Wie beurteile ich die Situation zur Jugendbeteiligung bei mir vor Ort?

Recherchiert, welche Position die Fraktionen und Gruppen des Gemeinderates bei euch in der Kommune zum Thema Jugendbeteiligung haben.

C6 Entscheidung im Gemeinderat

Ausgangssituation

Nach einem langen und erfüllten Leben verstarb Hilde Eckerlein vor drei Wochen im Alter von 94 Jahren. Ihr Mann war schon vor über zehn Jahren gestorben und Frau Eckerlein hatte keine Kinder. Sie lebte in einem großen Haus mitten in der Stadt. Sie war sehr vermögend, weil sie nach dem Tod ihres Mannes die gemeinsame Firma verkauft hatte.

Frau Eckerlein wohnte über 65 Jahre in der Gemeinde und engagierte sich in verschiedenen Vereinen der Stadt. Vor allem die Jugend lag Frau Eckerlein sehr am Herzen. Sie unterstützte die Hausaufgabenhilfe, die kirchlichen Jugendgruppen, das Jugendorchester, die Jugendabteilung des örtlichen Sportvereins und sponserte jedes Jahr ein regionales Musikfestival für Jugendliche.

In ihrem Testament vermachte sie sowohl ihr großes Haus als auch ihr gesamtes Vermögen im Wert von zwei Millionen Euro der Gemeinde. Die einzige Auflage in ihrem Testament ist, dass beides nur zum Wohl der Jugend eingesetzt werden darf.

Seit der Testamentseröffnung wird im Gemeinderat intensiv darüber diskutiert, wie mit dem Vermögen von Frau Eckerlein umgegangen werden soll. Viele verschiedene Vorschläge sind mittlerweile öffentlich geworden. In der kommenden Sitzung des Gemeinderats liegt ein Antragstext (Material C6) der Liste für Umwelt und Gesellschaft zur Abstimmung vor. Die einzelnen Fraktionen und Gruppierungen im Gemeinderat sind aufgerufen, sich mit den Vorschlägen im Antrag auseinanderzusetzen und selbst Vorschläge zu machen, wie das Geld von Frau Eckerlein verwendet werden soll.

Kommunalpolitische Akteure

Der Gemeinderat besteht aus 22 gewählten Mitgliedern und dem/der Bürgermeister/-in als Vorsitzende/-r. Bei der letzten Kommunalwahl sind fünf Vertreter/-innen der Liste für Umwelt und Gesellschaft (FLUG) gewählt worden. Die Konservative Partei (KP) hat auch fünf Sitze. Die Soziale Partei (SP) und die Unabhängige Liste (UL) haben jeweils vier Sitze errungen. Die Freiheitspartei (FP) und das Forum für die Jugend (FFJ) haben je zwei Sitze erreicht.

Blick in den Karlsruher Gemeinderat



Foto: picture.alliance/augenblick/GES

Antragstext der Liste für Umwelt und Gesellschaft

C7

I. Antrag:

Die Fraktion der Freien Liste Umwelt und Gesellschaft (FLUG) beantragt die Einrichtung eines Jugendgemeinderates zum nächstmöglichen Zeitpunkt. Alle Jugendlichen zwischen 13 und 17 Jahren werden dadurch in besonderer Weise beteiligt. Jugendliche, die im Ort wohnen, sollen kandidieren und wählen (aktives und passives Wahlrecht) dürfen. Die Jugendlichen, die im Ort nicht wohnen, aber eine Schule besuchen, haben das aktive Wahlrecht.

Der Jugendgemeinderat wird mit einem jährlichen Budget von 50.000 Euro ausgestattet. Der Jugendgemeinderat erhält feste Räumlichkeiten (Büro- und Gesprächsräume) im ehemaligen Wohnhaus von Frau Eckerlein.

Begründung:

Durch die Änderung der Gemeindeordnung von Baden-Württemberg zum 01.12.2015 wurde in § 41a die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen neu geregelt. Demnach sollen Kinder und Jugendliche bei Planungen und an Vorhaben, die ihre Interessen berühren, in angemessener Weise beteiligt werden. Das Beteiligungsrecht von Jugendlichen wurde damit verpflichtend geregelt.

In der Gemeinde leben rund 1.500 Jugendliche im Alter von 13 bis 17 Jahren. Daneben besuchen ca. weitere 500 Schülerinnen und Schüler dieser Altersgruppe aus dem Umland die Schulen der Stadt.

Im Vorfeld der Gemeinderatswahl im Jahr 2014 hat die Freie Liste Umwelt und Gesellschaft eine Veranstaltung mit Jugendlichen durchgeführt. Dabei wurde u. a. abgefragt, ob und wie die Jugendlichen sich eine stärkere Beteiligung am kommunalen Handeln vorstellen könnten. Die Befragten sprachen sich mehrheitlich für eine stärkere Beteiligung und die Einrichtung eines Jugendgemeinderates aus.

Mit der Einrichtung eines Jugendgemeinderates wird den Jugendlichen symbolisiert, dass die Gemeinde ihre Anliegen und Interessen ernst nimmt und sie zur politischen Mitarbeit befähigen möchte. Sie stärkt das Interesse der Jugendlichen für politische Themen und kann eine Möglichkeit sein, dass sie sich stärker politisch engagieren. Zugleich räumt ihnen das Gremium ein größeres und direktes Mitspracherecht ein, etwa bei der Gestaltung und Einrichtung von Spiel- und Sportplätzen, beim öffentlichen Personennahverkehr, bei der Rad- und Verkehrswegeplanung, der Gestaltung von Schulhöfen oder von Jugendhäusern und Jugendzentren. Der Jugendgemeinderat wäre ein Sprachrohr der Jugend und könnte sich als deren Vertretung an allgemeinen öffentlichen Debatten beteiligen. Die Verbundenheit der Jugendlichen mit ihrer Heimatstadt würde dadurch ebenfalls steigen.

II. Nachhaltigkeit und finanzielle Auswirkungen

Für die Betreuung des Jugendgemeinderates in Form einer Geschäftsstelle sind 20.000 Euro pro Jahr im Haushalt eingestellt. Der Jugendgemeinderat erhält ein eigenes Budget von 50.000 Euro pro Jahr. Für die Jugendgemeinderatswahlen fallen alle zwei Jahre ungefähr 3.000 Euro für die Durchführung der Wahlen an.

D

Demokratie und Beteiligung auf Landes- und Bundesebene

Materialien D1 – D15 (aber D7 nur online)

D1 Beteiligungsmöglichkeiten in einer Demokratie



Die Beteiligungsmöglichkeiten in der Demokratie sind zahlreich. Lies dir die verschiedenen Möglichkeiten durch und fülle die Spalten 2 bis 4 durch Ankreuzen entsprechend aus. Suche nach eigenen Beispielen und ergänze diese in der Tabelle.

	Habe ich schon gemacht ...	Könnte ich mir vorstellen ...	Kenne ich nicht ...
1. eigene Meinung im Internet äußern (z.B. Facebook, Instagram)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
2. an Wahlen teilnehmen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3. in einer Partei mitarbeiten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
4. an einer Unterschriftenaktion beteiligen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
5. Leserbrief schreiben	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
6. in einer Bürgerinitiative engagieren	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
7. an einer Demonstration teilnehmen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
8. Petition einreichen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
9. eine extremistische Partei wählen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
10. als Klassensprecher/-in kandidieren	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
11. für politische Zwecke spenden	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
12. an einem Boykott (z.B. Waren einer bestimmten Marke) beteiligen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
13. Kontakte zu Politikern/-innen aufnehmen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
14. bei einer gewalttätigen Protestaktion mitmachen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
15. für ein politisches Amt kandidieren	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
16. an einer Diskussionsrunde teilnehmen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Welche Möglichkeiten der politischen Beteiligung gibt es?

D2



Verbinde die Beteiligungsform mit der richtigen Beschreibung und ordne die Beispiele aus D1 richtig zu, indem du die entsprechende Nummer einträgst. Mehrfachnennungen sind möglich!

Beteiligungsform	Beschreibung	Beispiele aus D1
legaler Protest	Kernelement der Beteiligung: einfachste Partizipationsform in einem repräsentativen System	
Wahlen und Abstimmung	gewaltlose Aktivitäten: können gegen geltendes Recht verstoßen – von Teilen der Bevölkerung als nicht legitime Art der Beteiligung verstanden	
politische Gewalt	Mitgliedschaft/Mitarbeit in Parteien: über das Wählen hinausgehende Aktivitäten – von etwa 2,5 % der Bevölkerung wahrgenommen	
parteibezogene Aktivitäten	extremste Form politischer Beteiligung: drückt sich in Gewalt gegen Sachen und Personen aus – verboten und strafbar	
ziviler Protest	begrenzte Formen politischer Beteiligung: z. B. Mitwirkung an Lösung lokaler Probleme oder zeitlich begrenzten Aktionen	
problem- bzw. politikerbezogene Aktivitäten	legale, nicht institutionalisierte Beteiligungsformen: z. B. Demonstrationen – im Laufe der Zeit immer wichtiger geworden	

Arbeitsanregungen

D1, D2

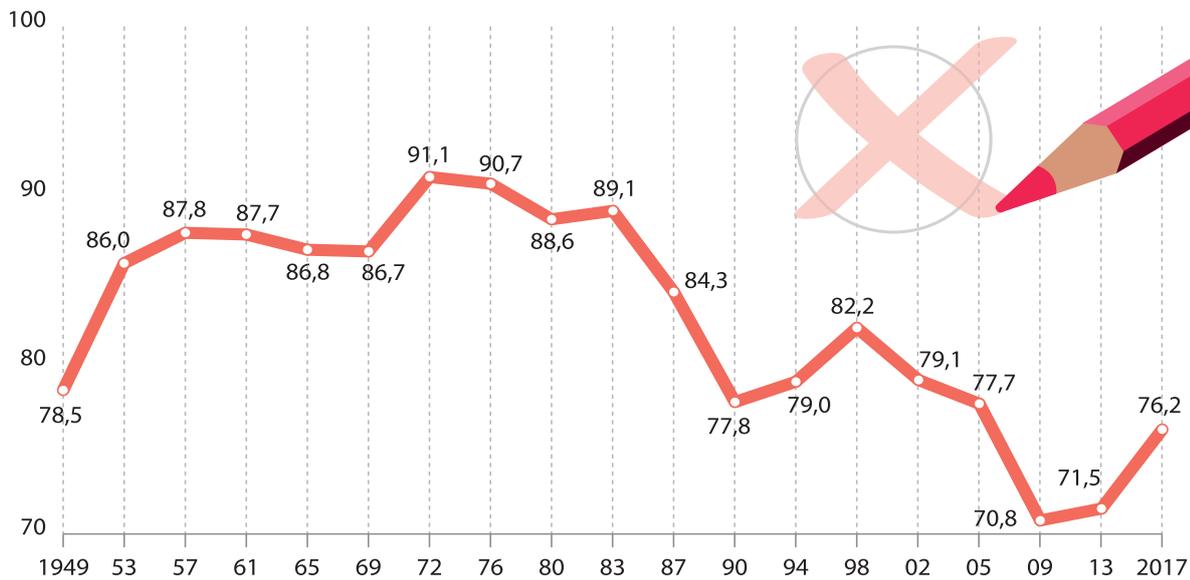
- ▶ Tauscht euch über eure Erfahrungen zu den verschiedenen Beispielen in D1 aus.
- ▶ Diskutiert, welche Beteiligungsformen ihr für besonders wichtig bzw. unwichtig haltet.
- ▶ Besprecht, welche Partizipationsmöglichkeiten es in einer Diktatur wahrscheinlich nicht geben wird.
- ▶ Recherchiert im Grundgesetz: In welchen Artikeln sind die Beteiligungsformen festgeschrieben?

D3 Beteiligung an Wahlen

Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen



in Prozent



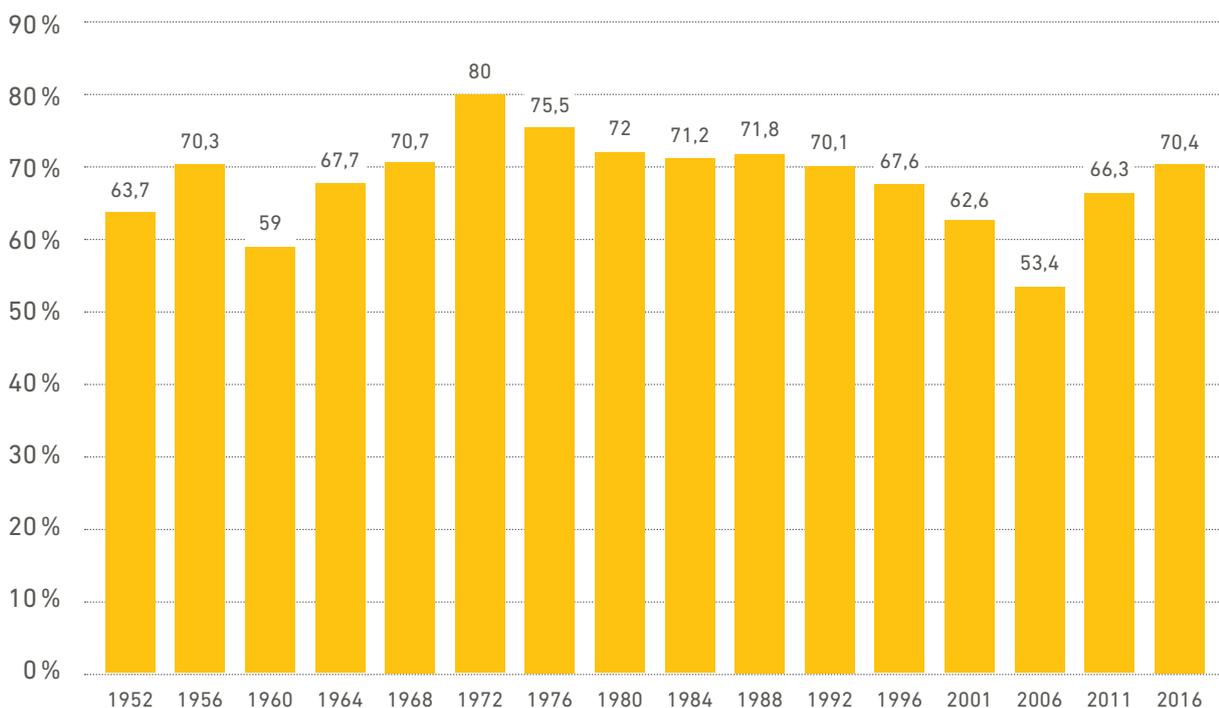
© dpa-infografik



Quelle: Bundeswahlleiter

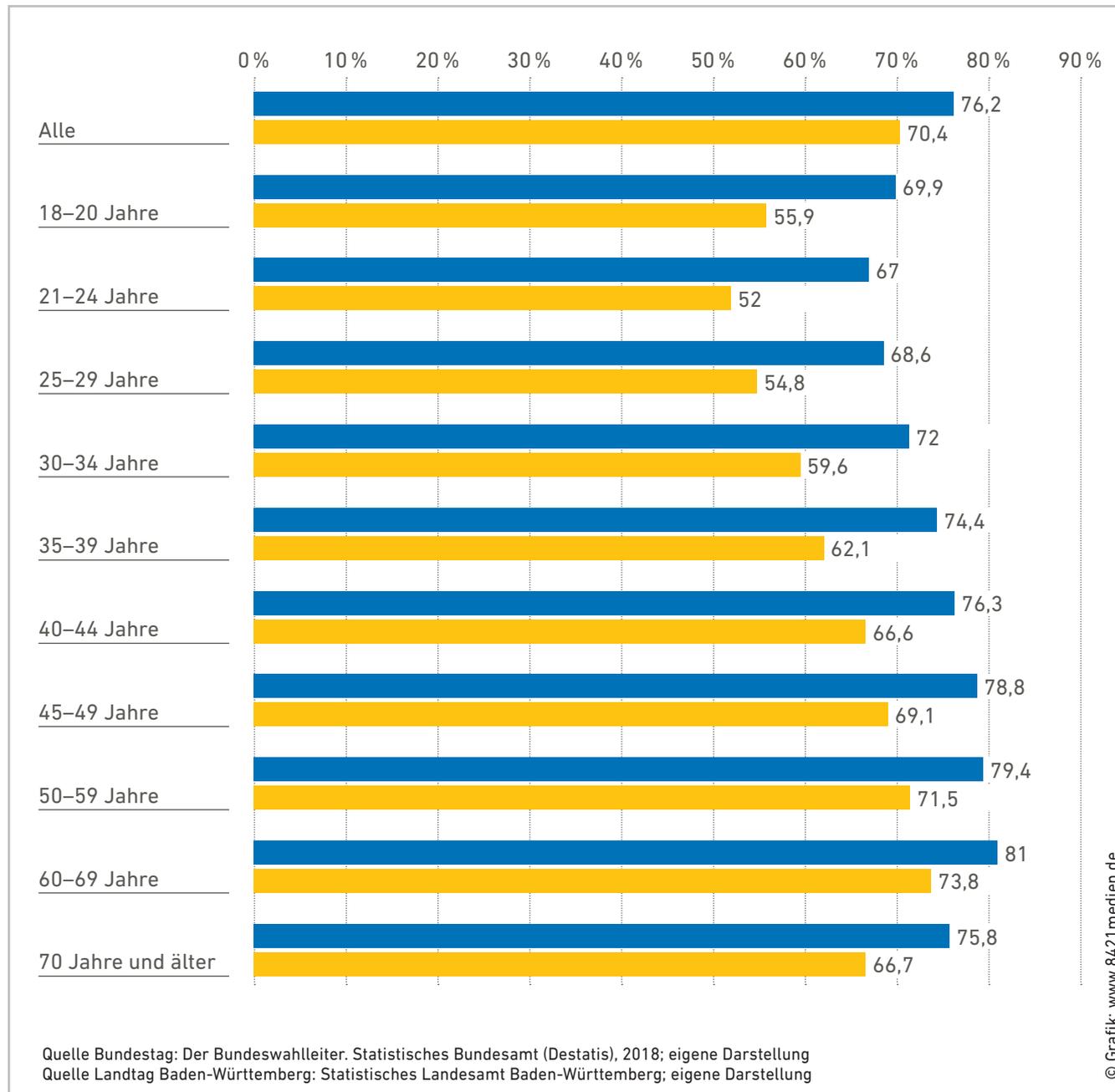
© Globus

Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen in Baden-Württemberg



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; eigene Darstellung

© Grafik: www.8421medien.de

Wahlbeteiligung zur Bundestagswahl 2017 nach AltersgruppenWahlbeteiligung bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg 2016 nach Altersgruppen

Arbeitsanregungen

- ▶ Analysiert die Grafiken und beschreibt, wie sich die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen und den Landtagswahlen in Baden-Württemberg entwickelt hat.
- ▶ Benennt Auffälligkeiten bei der Wahlbeteiligung nach Altersgruppen.
- ▶ Arbeitet heraus, welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede es bei den Wahlen auf Bundesebene und auf Landesebene gibt.

D4 Wahlen und Demokratie

Beschreibe die Karikatur und analysiere, welchen Zusammenhang der Karikaturist zwischen Demokratie und (Nicht-)Beteiligung an Wahlen herstellt. Diskutiere mit deinen Mitschülerinnen und -schülern, wie ihr den Zusammenhang zwischen Demokratie und Wahlen beurteilt.



© Gerhard Meiser

Wählen ab 16? Argumente dafür und dagegen

D5



Ordne die zwölf Argumente danach, ob sie für oder gegen das Wählen ab 16 sprechen.
<https://learningapps.org/watch?v=pkvfed94318>



1	16-Jährige sind noch nicht richtig politisch informiert und daher auch nicht in der Lage, sich ein fundiertes Urteil zu bilden. Sie lassen sich leichter beeinflussen und manipulieren. Das könnte dazu führt, dass sie extreme Positionen befürworten. Das hätte negative Folgen für die Stabilität unserer Demokratie.	7	Ob jemand politisch informiert ist, hat nichts mit dem Alter zu tun. Auch Erwachsene sind manipulierbar und können zu extremen Positionen tendieren. An Jugendliche sollte deshalb kein höherer Maßstab gesetzt werden. Deshalb sollten in einer Demokratie Jugendliche so früh wie möglich beteiligt werden.
2	Durch das aktive Wahlrecht werden die Interessen der Jugendlichen berücksichtigt und die Politikverdrossenheit unter jungen Menschen wird abnehmen. Wer in den politischen Entscheidungsprozess mit einbezogen wird, der weiß, dass er etwas bewegen kann, und entwickelt wiederum ein größeres Interesse an Politik.	8	Schule leistet gute Bildungsarbeit. Wenn ab 16 gewählt wird, könnten Lerninhalte mit konkreter Handlungsmöglichkeit verknüpft werden und somit ein nachhaltigeres Lernergebnis erzielt werden. Darüber hinaus entstünde ein neutraler Raum, in dem sich Jugendliche ausprobieren, ihre Wahlvorhaben im Austausch reflektieren und sich die notwendigen Informationen beschaffen können.
3	Jugendliche sind nicht daran interessiert zur Wahl zu gehen. Die Shell-Jugendstudie hat gezeigt, dass unter 25 Prozent der Jugendlichen Interesse an Wahlen ab 16 haben. Deshalb ist es fraglich, ob sie überhaupt von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen würden. Sinnvoller ist es, die Jugendbeteiligung auszubauen – z.B. durch Jugendparlamente oder Jugendbeiräte vor Ort.	9	Durch eine Wahl alle fünf Jahre wird weder Interesse an der Politik noch demokratisches Engagement gefördert. Eine Absenkung des Wahlalters um 2 Jahre schafft auch keine deutlich höhere Wahlbeteiligung oder einen Ausgleich zur Gruppe der älteren Wähler. Außerdem gibt es viele andere Möglichkeiten, sich politisch und gesellschaftlich zu engagieren.
4	Jugendliche können mit 16 Jahren den Führerschein machen, einen Schulabschluss erwerben oder eine Ausbildung beginnen. Aber ihnen wird in diesem Alter nicht genügend Verantwortungsbewusstsein zugetraut, eine Wahlentscheidung zu treffen, die ihre Zukunft mitbestimmt.	10	Jugendliche sind heutzutage sehr stark Informationen aus sozialen Medien ausgesetzt. Ihnen fällt es schwer, zwischen Fake News und Fakten zu unterscheiden. Deshalb sollte eine Wahlentscheidung erst nach dem Schulabschluss erfolgen, da hier das nötige Wissen vermittelt wurde, um eine differenzierte Wahlentscheidung überhaupt erst treffen können.
5	Jugendliche fühlen sich selbst für Wahlentscheidungen nicht reif genug. Viele sind sich unsicher, da sie nicht das Gefühl haben, ausreichend informiert zu sein, um eine Entscheidung treffen zu können. Je wichtiger die Wahl empfunden wird, umso größer ist die Zurückhaltung.	11	Wer wählt, entscheidet mit, welche Politik gemacht wird. Die Konsequenzen der Entscheidung tragen die Wählerinnen und Wähler. Da jüngere Menschen sogar länger als ältere von diesen Entscheidungen betroffen sind, sollten sie so früh wie möglich daran beteiligt werden.
6	Jugendliche haben Interessen, die von Erwachsenen kaum oder gar nicht vertreten werden. Ihnen über die Wahl die Möglichkeit zu geben, diese auszudrücken, wäre ein Zeichen dafür, dass man diese Interessen ernst nimmt.	12	Wer wählen darf, sollte auch volljährig sein. Wer volljährig ist, hat die volle Verantwortung für sein Handeln und die Konsequenzen. Dasselbe gilt für die Wahlentscheidung. Jugendliche sind sich darüber noch nicht im Klaren und müssen es auch nicht. Das ist nicht Teil der Kindheit und der Jugend.

D6 Talkshow: Wählen ab 16 auch bei Landtagswahlen? Rollenprofile**Carola Kubinitz**

ist Mutter von 3 Kindern. Ihr Sohn Oliver hat 2016 mit 17 Abitur gemacht. Wählen durfte er nicht. „Dass Oliver das erste Mal mit 22 Jahren an einer Landtagswahl teilnehmen darf, halte ich für falsch.“ Bei ihren Zwillingen Simona und Sebastian wird es 2021 noch knapper. Sie werden erst 4 Tage nach der Landtagswahl 18 – wieder zu spät.

Marinus Müller

ist Mitglied in der Jugendorganisation einer Partei. Er sieht einen möglichen Grund der Politikverdrossenheit darin, dass junge Menschen, die z.B. von den Entscheidungen im Bereich Bildung betroffen sind, keine Möglichkeit haben, ihren Willen über die Wahl auszudrücken. „Bei einer immer älter werdenden Gesellschaft sollten die Jungen eine größere Mitbestimmung haben. Wir wollen bei der Gestaltung unserer Zukunft ein Mitspracherecht.“

Lila Schlossmann

ist Landtagsabgeordnete. Aufgrund der positiven Erfahrungen auf kommunaler Ebene findet sie, es sei an der Zeit, das Wahlrecht ab 16 in Baden-Württemberg auch auf die Landesebene auszuweiten. Auch andere Bundesländer wie Schleswig-Holstein haben gute Erfahrungen mit dem Wahlalter ab 16 auf Landesebene gemacht. „Viele Leute sprechen sich für ein Wahlrecht ab 16 auf Landesebene aus. Kritiker behaupten, Jugendliche wären nicht politisch interessiert und schlecht informiert. Ich sehe das anders.“

Dominik Auer

ist Rechtsanwalt und hält ein Wahlrecht ab 16 für schwierig, da dann auch die Volljährigkeit angepasst werden müsse. „Wer Entscheidungen innerhalb des Bundesstaates mitverantwortet, muss auch erwachsen und voll geschäftsfähig und somit vor dem Gesetz volljährig sein. Eine Volljährigkeit mit 16 halte ich für verfrüht. Jugendliche sollten sich in dem Alter noch ausprobieren dürfen, ohne gleich an sämtliche rechtlichen Konsequenzen denken zu müssen. Das zeichnet Jugend doch aus.“

Prof. Dr. Heinrich Moll

ist Politikwissenschaftler und beschäftigt sich vor allem mit Wahlen. Er sieht beim Wählen ab 16 auf Landesebene vor allem einen Hinderungsfaktor, nämlich die Jugendlichen selbst. „Studien belegen, dass Jugendliche nicht zur Wahl gehen, wenn sie diese und die daraus resultierenden Folgen für sehr wichtig empfinden. Sie halten sich dann für zu wenig kompetent.“

Elisabeth Schreiber

ist Landtagsabgeordnete und der Meinung, dass Wahlen nicht dem Interesse der Jugendlichen entsprechen. „Wenn man den Einflussbereich der Jugendlichen ausbauen möchte, sollte man direkte politische Einflussmöglichkeiten wie Jugendparlamente und dergleichen stärken. Das trifft mehr das Interesse der Jugendlichen und gibt ihnen auch mehr Einfluss bei Themen, die sie betreffen. Außerdem gibt es viele weitere Möglichkeiten, sich mit seinen Anliegen einzumischen.“

Nadja Tamiri

ist eine erfahrende Fernsehjournalistin, die seit einiger Zeit die Talkshow „Zur Sache!“ moderiert. „In meiner Fernsehsendung wird nicht um den heißen Brei geredet! Ich stelle immer die richtigen Fragen, auf die man kurz und prägnant antworten kann.“ Mit dem Thema „Wählen ab 16 – auch auf Landesebene?“ möchte sie besonders jüngere Leute ansprechen. Sie ist stolz darauf, dass alle Gäste gerne in ihre Sendung kommen, weil sie alle zu Wort kommen und ausreden dürfen. Fernsehzuschauerinnen und -zuschauer mögen ihre Talkshow, weil sie Fragen stellen dürfen.

Arbeitsanregungen

- ▶ Bildet für jede Rolle eine Arbeitsgruppe und lest euch die Rollenbeschreibung durch.
- ▶ Arbeitet aus dem Rollenprofil die jeweilige Position heraus und findet mit Hilfe der Materialien D5 und D7 (**online unter: www.politikundunterricht.de/2_3_18/demokratie.htm**) Argumente für diese Position.
- ▶ Die Arbeitsgruppe zu Nadja Tamiri überlegt sich eine Anmoderation sowie Fragen an die Gäste der Talkshow.
- ▶ Einigt euch in der Gruppe, wer die Rolle in der Talkshow vertritt.
- ▶ Wertet nach der Talkshow mit Hilfe des Materials D6 den Verlauf der Talkshow aus und führt eine Abstimmung durch, ob ihr für oder gegen eine Absenkung des Wahlalters bei Landtagswahlen seid.

D8 Beobachtungsbogen für die Talkshow



Alle, die als Zuhörerinnen und Zuhörer an der Talkshow teilnehmen, wählen sich einen Talkshowgast aus, den sie beobachten, und füllen während der Talkshow den Beobachtungsbogen aus.

Namen des **Talkshowgasts**, den du beobachtest:

	Schreibe das gewählte Argument in die richtige Zeile.	Begründe, warum du es gewählt hast.
starkes Argument		
starkes Argument		
schwaches Argument		
schwaches Argument		
Was dir noch aufgefallen ist:		

Bürgerbeteiligung

D9



- ▶ Arbeite aus dem Interview heraus, welche Gründe für Bürgerbeteiligung genannt werden und welche Herausforderungen der Experte in Bezug auf Bürgerbeteiligung sieht.
- ▶ Gebe die beschriebenen Auswirkungen von Bürgerbeteiligung mit deinen eigenen Worten wieder und notiere jedes Argument als eigenes Stichwort.

Der Politologe Hans J. Lietzmann, Leiter der „Forschungsstelle Bürgerbeteiligung“, über das Risiko politischer Entscheidungen, Bürger als Experten und warum er den Begriff „Wutbürger“ zynisch findet.

taz: Herr Lietzmann, warum reicht es den Bürgern nicht mehr, einfach nur alle vier Jahre ihr Kreuzchen zu machen?

Hans J. Lietzmann: Ich erkläre mir das mit zwei Aspekten. Der erste liegt in der gestiegenen Kompetenz. Wir haben ein Jahr für Jahr steigendes Bildungsniveau und einen Jahr für Jahr besseren Zugang zu Informationen. Dadurch ist das Beurteilungsvermögen unglaublich hoch. Der Streit um Stuttgart 21 hat ja gezeigt, dass Bürgerinitiativen fachlich mit den Experten spielend mithalten können.

taz: Und was ist der zweite Aspekten?

Hans J. Lietzmann: Wir wissen inzwischen, dass politische Entscheidungen keine objektiven Lösungen sind und oft einen offenen Ausgang haben. Solche riskanten Entscheidungen können Experten allein nicht treffen.

taz: Wieso das denn nicht? Das müssen Sie genauer erklären.

Hans J. Lietzmann: Nehmen wir doch zum Beispiel den Atomausstieg. Auch der ist mit Risiken verbunden. Ob ich solch ein Risiko eingehen möchte, muss ich sehr persönlich entscheiden. Oder nehmen wir das Beispiel Verkehrspolitik. Einzelne Experten urteilen in der Regel eher nur über einen, zum Beispiel den verkehrlichen, Aspekt, beachten dabei aber weniger die Umweltaspekte oder die sozialen Auswirkungen.

taz: Wenn die Fragen aber so komplex sind, ist es ja auch für den Bürger nicht leicht, eine Antwort zu finden. Was verlangt eine stärkere Beteiligung dem Bürger ab?

Hans J. Lietzmann: Klar, der Bürger muss sich sehr sorgfältig mit den verschiedenen Kriterien auseinandersetzen und sich eine Expertise aneignen. Die Menschen sollen ja nicht spontan, aus dem Stand heraus, entscheiden: „Finde ich gut“ oder „Finde ich nicht gut“.

taz: Damit übernehmen die Bürger auch eine größere Verantwortung. Glauben Sie, dass den Leuten, die jetzt mehr Beteiligung fordern, diese neue Verantwortung schon bewusst ist und sie auch bereit sind, diese zu übernehmen?

Hans J. Lietzmann: Ob ihnen das bewusst ist, weiß ich nicht. Aber unsere Erfahrung zeigt, dass wenn man ihnen die Verantwortung gibt, sie diese auch kompetent übernehmen. Dabei entscheiden sie sehr gemeinwohl- und kompromissorientiert und jenseits ihrer eigenen, kurzfristigen Interessen.

taz: Beteiligung bedeutet nicht nur mehr Verantwortung, sondern auch viel Einsatz. Werden die meisten nicht irgendwann die Nase voll davon haben?

Hans J. Lietzmann: Es gibt ja Überlegungen für dauerhafte Bürgerparlamente. Davon halte ich nicht viel. Aber bei so spektakulären Entscheidungen wie etwa über einen Bahnhofsneubau oder Stromtrassen wird es überhaupt kein Problem sein, Leute zu mobilisieren, die sich intensiv und ausgiebig mit Experten beraten und die Bürgerinteressen vertreten.

taz: Wird der Wutbürger die Republik nachhaltig verändert haben oder handelt es sich um eine Trendwelle, die bald wieder abebbt?

Hans J. Lietzmann: Demokratie verändert sich, seit es sie gibt. Wie das genau geschieht, werden wir sehen. Im Übrigen finde ich es sehr zynisch, von Wutbürgern zu reden. Wir beschwerten uns ständig über Politikverdrossenheit und eine Individualisierung der Gesellschaft. Die sogenannten Wutbürger sind aber ganz normale, politisch engagierte Bürger, die genauso mal lauter und mal leiser sind, wie die Parlamentarier in Debatten mal lauter und mal leiser sind.

Quelle: <http://www.taz.de/!5111843/>

D10 Vorteile der Bürgerbeteiligung

In einem wissenschaftlichen Artikel werden Vorteile aufgeführt, was Bürgerbeteiligung bzw. ihre Ausweitung bewirken soll ...

Die Identifikation mit der jeweiligen Gemeinschaft stärken und beim Einzelnen Verständnis für gemeinsame Probleme in Gesellschaft und Politik entwickeln.

Für die politischen Entscheidungsträger mehr Informationen über die Interessen in der Bevölkerung bringen als Entscheidungsgrundlage und um längerfristig mehr Anerkennung durch die Bürgerschaft zu erfahren.

Die Qualität von Entscheidungsprozessen erhöhen durch die Aktivierung und Einbindung von zusätzlichem Wissen.

Die Zufriedenheit der beteiligten Bürgerinnen und Bürger mit den jeweiligen Planungsprozessen und -ergebnissen stärken und damit zu mehr Akzeptanz von Entscheidungen führen.

Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verwaltungen mehr Informationen über die Interessen der Bürgerschaft bringen, um Planungen und die Umsetzung von Vorhaben zu erleichtern.

Ein Mindestmaß an Kontrolle der Politik sichern und den Bürgern zeigen, dass sie noch immer Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen können.

Quelle: Vetter, Angelika, und Ulrich Eith (2012): „Potenziale dialogischer und direktdemokratischer Prozesse“ in: Jörg Sommer (Hrsg.): Kursbuch Bürgerbeteiligung, Berlin, S. 50

D9, D10 Arbeitsanregungen

- ▶ Erstellt mit Hilfe von D10 eine Prioritätenliste, welche Aspekte für euch besonders wichtig sind, und versucht euch anschließend in der Klasse auf die fünf wichtigsten Argumente für Bürgerbeteiligung zu einigen.
- ▶ Diskutiert, wie ihr den Ausbau von Bürgerbeteiligung beurteilt. Geht dabei besonders auf die genannten Herausforderungen ein.

Politische Mitwirkung der Parteien

D11



Beschreibe, wie das Grundgesetz die Rolle der Parteien im politischen Prozess definiert.

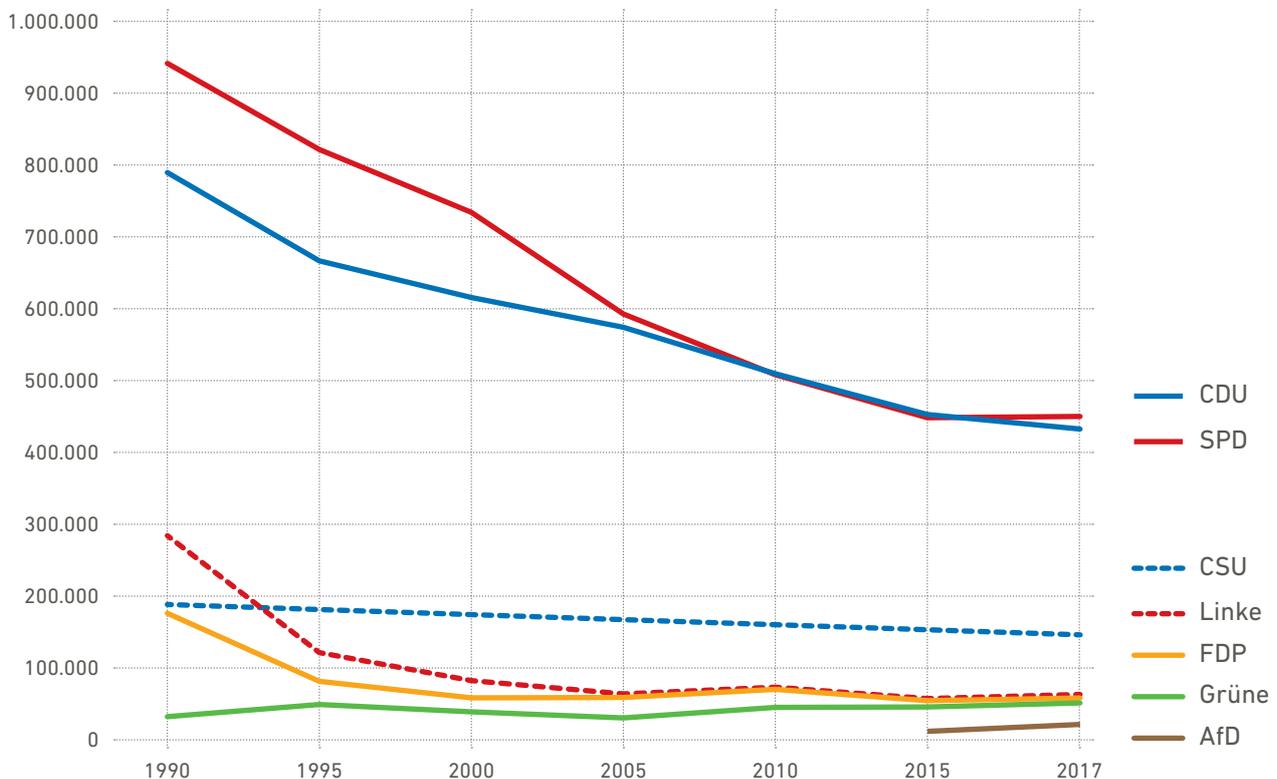


Auszüge aus Artikel 21 GG

- (1) Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muß demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft geben.
- (2) Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig.
- (3) Parteien, die nach ihren Zielen oder dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgerichtet sind, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind von staatlicher Finanzierung ausgeschlossen. Wird der Ausschluss festgestellt, so entfällt auch eine steuerliche Begünstigung dieser Parteien und von Zuwendungen an diese Parteien.
- (4) Über die Frage der Verfassungswidrigkeit nach Absatz 2 sowie über den Ausschluss von staatlicher Finanzierung nach Absatz 3 entscheidet das Bundesverfassungsgericht.

Mitgliedschaft in politischen Parteien

D12



Quelle: Niedermayer, Oskar: Parteimitglieder in Deutschland: Version 2018. Arbeitshefte a. d. Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 29, FU Berlin 2018; eigene Darstellung

D13 Zukunft der Parteien



Analysiere die Karikatur unter Berücksichtigung der Grafik D12 und diskutiere mit deinen Mitschülerinnen und Mitschülern, ob ihr der Aussage in der Sprechblase zustimmt.



© Burkhard Mohr 2006

Museumsreif?

D11–D13 Arbeitsanregungen

- Beschreibt, welche Bedeutung die Parteien in Deutschland für den politischen Prozess haben.
- Diskutiert, welche Auswirkungen ein Niedergang der Parteien für den demokratischen Willensbildungsprozess haben könnte.
- Bildet Arbeitsgruppen und überlegt euch mindestens zehn Punkte, die eine für euch ideale Partei erfüllen müsste.
- Vergleicht die Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen mit den Parteien im Bundestag. Welche kommt aus eurer Sicht diesen Punkten am nächsten?

Direkte Demokratie auf Bundesebene

D 14



1. Arbeite aus dem Text heraus, welche Formen von direkter Demokratie genannt werden.
2. Beschreibe mit deinen eigenen Worten, wieso im Grundgesetz kaum direktdemokratische Elemente verankert wurden.

Ursprünglich bezeichnet direkte Demokratie im Gegensatz zur repräsentativen Demokratie die unmittelbare Herrschaft des Volkes. [...] Sie zeichnet sich durch die Übereinstimmung von Regierten und Regierenden aus [...]. Unter den Bedingungen moderner Gesellschaften und großer politischer Einheiten werden direktdemokratische Elemente heute als Ergänzung repräsentativer Demokratie verstanden. [...]

Direktdemokratische Entscheidungen können die Annahme von Verfassungen, Verfassungsänderungen, der Beschluss von Gesetzen oder die Auflösung von Parlamenten sein. Sie werden durch eine Regierung oder ein Parlament „von oben“ (Referendum) oder durch Bürgerinnen und Bürger „von unten“ als Volksgesetzgebung (Plebiszit) eingeleitet. Ein Referendum kann verpflichtend oder freiwillig sein und direkt zu einer Entscheidung führen oder der Beratung dienen. Bei einem Plebiszit wird zwischen drei Stufen unterschieden: Die Volksinitiative bzw. der Bürgerantrag dient dazu, ein Thema im Parlament behandeln zu lassen. Volks- oder Bürgerbegehren gehen darüber hinaus und zielen auf eine Entscheidung ab. Das Parlament kann dem Begehren zustimmen oder es ablehnen. Bei einer Ablehnung kommt es in der dritten Stufe zum Volks- oder Bürgerentscheid.

Direkte Demokratie auf Bundesebene

Der Parlamentarische Rat hat sich bei der Ausarbeitung des Grundgesetzes mit einer Ausnahme

gegen direktdemokratische Elemente entschieden. Auch über das Grundgesetz selbst wurde nicht direkt durch das Volk abgestimmt.

Das Fehlen der direkten Demokratie auf Bundesebene hat mehrere Gründe. Immer wieder angeführt werden die Erfahrungen mit Volksentscheiden in der Weimarer Republik und mit Volksabstimmungen während der nationalsozialistischen Diktatur. Doch neben den „Lehren aus Weimar“ und dem Misstrauen gegenüber dem Volk spielte mit dem Beginn des Kalten Krieges auch die Sorge um eine Instrumentalisierung direktdemokratischer Elemente durch nicht demokratische Kräfte in der Bundesrepublik eine Rolle.

Seitdem hat es mehrere Anläufe gegeben, Volksbegehren und Volksentscheid auch auf Bundesebene einzuführen. Im Zuge der deutschen Einheit befasste sich eine Verfassungskommission mit einer Reform. 1993 entschied sich zwar eine Mehrheit für die Verankerung von Volksbegehren und -entscheid in der Verfassung, aber die für eine Verfassungsänderung erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit wurde verfehlt. So bleibt es bei einer Ausnahme, dass nur bei der Neugliederung des Bundesgebietes nach Art. 29 GG ein Volksentscheid verbindlich ist. Erfolgreiche Volksentscheide gab es 1951 bei der Bildung des Landes Baden-Württemberg und 1955 beim Beitritt des Saarlandes. [...] Zuletzt fand 1996 die Zusammenlegung der Bundesländer Brandenburg und Berlin in einem Volksentscheid nicht die Zustimmung in beiden Bundesländern. [...]

Quelle: Andersen, Uwe/Wichard Woyke (Hg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. 7., aktual. Aufl. Heidelberg: Springer VS 2013. Autor des Artikels: Rainer Bovermann; online unter: <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202013/direkte-demokratie> (Text von der P&U-Redaktion leicht geändert)

D 15 Volksentscheide auf Bundesebene

Pro: Man muss den Menschen im Land mehr zutrauen

(Autor: Simon Plentinger)

„Wir sind doch nicht blöd.“ – Wer meint, wir Bürgerinnen und Bürger wären nicht kompetent genug, um über Inhalte zu entscheiden, liegt falsch. Längst haben wir uns in den Bundesländern gegen Zigarettenqu沿海 und für den Umbau eines Bahnhofes entschieden und damit erfolgreich Schlusstriche unter lange Diskussionen gesetzt. Echte Demokratie eben. Mag sein, dass das Grundgesetz nicht eingeplant hat, dass wir das auch auf Bundesebene tun. Doch wie groß ist da der Unterschied wirklich? Das Grundgesetz stammt außerdem aus einer Zeit, in der wir viel weniger Möglichkeiten hatten, an Informationen zu kommen. Diese Zeiten sind vorbei. Und zwar nicht nur für die hochgebildete Elite, sondern für den Großteil der Bevölkerung. Tagtäglich lesen, hören, schauen und klicken wir uns durch Argumente – lernen über Pro, Contra und die Folgen. Und wir diskutieren. Nur entscheiden dürfen wir nicht.

Wir müssen uns auf die Lotterie von Namen und Farben alle vier Jahre beschränken. Am Ende stehen jedes Mal Vertreter, die auch nicht immer auf allen Gebieten Experten sind und auch nicht immer das durchsetzen, was unsere Mehrheit will. Sinkende Wahlbeteiligung und Politikverdrossenheit entstehen so erst. Wer das beklagt, muss den Menschen im Land mehr zutrauen und sie bei wichtigen Fragen miteinbeziehen.

Unsere Demokratie ist erwachsen genug, um echte Mehrheitsentscheidungen zu verkraften. Sie braucht solche gemeinsamen Entscheidungen sogar. Denn Wahlversprechen und Beschlüsse der Vorgängerregierung gehen nach der Wahl schnell über Bord. Nach Volksentscheidung dürfte das schwererfallen.

D 14, D 15 Arbeitsanregungen

- ▶ Erklärt, welcher Form der politischen Beteiligung (D1 und D2) die in Art. 29 GG verankerte direkte Demokratie zuzuordnen ist.
- ▶ Nehmt Stellung zur geringen Bedeutung der direkten Demokratie auf Bundesebene. Nutzt hierfür die Argumente aus D9 und D10.
- ▶ Bildet euch eine eigene Meinung, ob ihr für oder gegen bundesweite Volksentscheide seid, und überlegt euch entsprechende Argumente für eure Position.
- ▶ Führt eine Fishbowl-Diskussion zur Frage nach der Einführung von Volksabstimmungen auf Bundesebene durch. Hinweise zur Fishbowl-Methode findet ihr hier: <http://www.bpb.de/lernen/grafstat/krise-und-sozialisation/223548/info-02-03-fish-bowl>
- ▶ Stimmt nach der Diskussion darüber ab, ob ihr für oder gegen die Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene seid.

Contra: Wir brauchen nicht mehr Volksentscheide, wir brauchen mehr Menschen, die sich für die Politik entscheiden (Autor: Steffen Jenter)

Es gibt tatsächlich zu wenig politische Beteiligung in Deutschland, aber die Einführung von bundesweiten Volksentscheiden wird da nicht helfen. Nach ihnen rufen meist zwei Gruppen: Politiker, die sich vor einer unangenehmen Entscheidung drücken wollen, oder Populisten, die darauf hoffen, auf diese Weise platte Lösungen durchzudrücken. Mehr davon wäre im Zeitalter von Trump, Pegida und Facebook-Hetze fatal.

Nein, die Konsensmaschine Parlament ist gut für unser Land. Das mühsame, das zähe Ringen um den Kompromiss – es mag manchmal ermüdend sein, aber wir sind gut damit gefahren. Und die vielbeschworene Beteiligung, sie findet ja statt – über die Parteien, über Mitgliederentscheide, über Bürgerinitiativen, über Ausschüsse, über Expertenanhörungen. Es ist gut, dass unsere Gesellschaft diesen

mühsamen Weg geht und wir nicht einfach Ja oder Nein ankreuzen.

Wir brauchen nicht den täglichen Brexit. Demokratie ist nicht die Diktatur der Mehrheit, sondern auch der Schutz der Minderheiten. Wir haben noch immer viel zu wenige Bürger, die wählen gehen, und erst recht viel zu wenige, die sich selbst politisch engagieren. Es fehlt an den Jungen, die sich in Parteien engagieren, und es fehlt an den Erfahrenen, die bereit sind, ihren gut bezahlten Job in der Wirtschaft aufzugeben und sich für das Gemeinwesen zu engagieren. Nein, wir brauchen keine bundesweiten Volksentscheide, wir brauchen mehr Menschen, die sich für die Politik entscheiden.

Quelle: <https://www.br.de/nachricht/volksentscheid-ranking-pro-contra-100.html>



Trage die Argumente für und gegen Volksabstimmungen auf Bundesebene in die Tabelle ein.

Pro	Contra
<hr/>	<hr/>

E

Zukunft der Demokratie im digitalen Zeitalter

Materialien E1 – E9

E1 Internet und Demokratie

Auf Seiten politischer Akteure wird das Netz als Medium politischer Kommunikation (Selbstdarstellung, Mobilisierung) und auf Seiten der Nutzer als Quelle politischer Information an Bedeutung gewinnen.

Ohne dass die massenmediale Öffentlichkeit an Bedeutung verlieren würde, wird eine Reihe von politischen Prozessen im Internet stattfinden (politische Information, Meinungsbildung und Deliberation, Agenda Setting, Organisation und Mobilisierung) und in Form von Themen, Debatten, politischen Aktionen auf die massenmediale Öffentlichkeit ausstrahlen.

Die Ausbildung »virtueller« politischer Kommunikationsgemeinschaften (entlang von politischen Interessen, Befindlichkeiten, Themen, Weltanschauungen) wird durch das Internet erleichtert. Damit nimmt nicht nur die Vielfalt politischer Kommunikation, sondern auch die Segmentierung von Öffentlichkeit zu.

Die Ansprüche politisch interessierter und gut informierter Bürger hinsichtlich des Zugangs zu politischen Informationen, der Transparenz politischer Prozesse und auch der Teilhabe an der Entscheidungsfindung über das Netz werden wachsen.

Für Nutzergruppen mit geringer Kompetenz im Umgang mit den Möglichkeiten politischer Kommunikation und Information im Netz (aufgrund des sozioökonomischen Status, Bildungsabschlusses, Alters) kann das Internet als Quelle politischer Information und Teilhabe verschlossen bleiben.

Die Offenheit des Netzes impliziert als negative Begleiterscheinung auch einen Mangel an Instanzen der Qualitätssicherung. Die Bewertung der Zuverlässigkeit und Seriosität der vielfältigen im Netz verfügbaren Informationen und Quellen und entsprechende Selektionsprozesse könnten nicht nur für die letztgenannten Nutzergruppen zu Problemen werden.

Auszug aus: Armin Grunwald u. a.: Netzöffentlichkeit und digitale Demokratie. Tendenzen politischer Kommunikation im Internet, Berlin 2006, S. 19 (online unter: <http://www.tab-beim-bundestag.de/de/pdf/publikationen/buecher/grunwald-et-al-2006-100.pdf>)

Wer nutzt Internet und die sozialen Medien?

E2



Beurteile, ob und wie die folgenden Personen das Internet und soziale Medien für politische Information und Beteiligung nutzen.
Notiere deine Meinung in der rechten Spalte.

<p>16-jähriger Schüler ohne eigenen PC, aber mit internetfähigem Smartphone</p>	
<p>70-jährige Rentnerin mit eigenem Notebook und Internetanschluss, aber wenig Erfahrung im Internet</p>	
<p>39-jähriger alleinerziehender und berufstätiger Vater, der mehrmals in der Woche das Internet nutzt</p>	
<p>20-jährige Azubi mit eigenem PC und Smartphone, die täglich im Internet surft</p>	
<p>30-jähriger internetaffiner Student mit zahlreichen Accounts in den sozialen Medien</p>	
<p>85-jähriger Rentner ohne PC-Kenntnisse und Internet, der täglich die Lokalzeitung liest</p>	
<p>17-jährige Schülerin mit eigenem Youtube-Kanal und Instagram-Account für Mode-Themen</p>	

E3 Beteiligung durch Online-Petitionen?

Auf den ersten Blick machen Petitionen die Welt zu einem besseren und schöneren Ort. Die Plattformen setzen sich für die Vereinfachung und Weiterentwicklung der Instrumente der partizipativen Demokratie ein. Sie helfen Protest digital zu organisieren und eine Öffentlichkeit herzustellen, die im besten Falle die Entscheidungsträger beeinflusst. Durch das Internet ist es in den letzten Jahren um einiges einfacher geworden, eine Petition anzulegen und durchzuführen. Die Plattformen bieten dafür vom html-Code, den man in seinen Blog einfügen kann, bis zu Plugins, die das Weiterverbreiten über die sozialen Kanäle leichter gestalten, diverse Hilfestellungen.

Direkte Auswirkungen auf das politische Geschehen hat bisher aber nur die 2008 (ursprünglich 2005, Anm. d.R.) implementierte offizielle Plattform des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages. Wer innerhalb von drei (mittlerweile vier, Anm. d.R.) Wochen mehr als 50 000 Unterstützer sammelt, dessen Anliegen wird im Petitionsausschuss besprochen. [...]

Bei den übrigen Plattformen sieht das anders aus. Besonders Campact versteht sich auch als Schnittstelle zwischen Unterzeichner und Initiator und als „Kampagnentool“, das den Protest auch über die Petition hinaus begleitet. Auch openpetition nutzt personenbezogene Daten „im Kontext der jeweiligen erstellten oder unterschriebenen Petition“. Die bei Unterzeichnung angegebene Anschrift ist so beispielsweise für den Petenten sichtbar.

Während Lanz nur noch für Unmut sorgt, brachte die Todesstern-Petition Humor ins Petitionswesen: Mehrere Tausend US-Bürger verlangten im Herbst 2012 per Online-Petition, dass ein Todesstern wie in „Krieg der Sterne“ von der US-Regierung gebaut werden sollte – um Jobs zu schaffen. In einer offiziellen Erklärung verwies das Weiße Haus damals auf die horrenden Kosten und lehnte die Petition ab. Bei der Plattform des Bundestages wurde das Anliegen wegen „mangelnder Ernsthaftigkeit“ gar nicht erst zugelassen. [...]

Selbst Hunderttausende von Unterschriften sind kein Garant dafür, etwas bewegen zu können. Online-Petitionen funktionieren meist besser, wenn bereits ein öffentliches Interesse vorhanden ist und nur noch ein bestimmtes Empörungsniveau erreicht werden muss. Generell gilt: Erst wenn man mit einer Petition in den etablierten Medien vorkommt, findet sie bei den Entscheidungsträgern auch Gehör. Medien disziplinieren und fokussieren die Wahrnehmung. [...]

Petitionen helfen, die interne Kommunikation unter den Aktivisten überhaupt erst aufzubauen. Im digitalen Dorf wird so eine empörte Gemeinschaft geschaffen, die sich nicht viel von der analogen unterscheidet. [...]

Problematisch wird es, wenn der digitale Aktivismus nach dem Mausklick endet. Nur wenige beschäftigen sich auch nach Unterzeichnung noch weiter mit dem gerade unterzeichneten Thema. [...] Online-Petitionen bleiben lediglich ein Indikator für die öffentliche Meinung. Sie sagen, was Menschen zu einem Thema denken, sagen jedoch nichts darüber aus, wie wichtig ihnen selbiges wirklich ist. [...]

Wobei die Erfolgsmessung immer vom selbstgesteckten Ziel abhängt. Ist die Petition erfolgreich, wenn sie in die Medienberichterstattung einfließt – oder erst bei Anhörung im Ausschuss? Fakt ist: Online-Petitionen und die Plattformen, auf denen diese lanciert werden, bieten Menschen die Chance, selbst aktiv zu werden. Die Öffentlichkeit muss nicht mehr nur auf Regierungsvertreter und sonstige Entscheidungsträger reagieren, sondern sie kann ihre eigene Öffentlichkeit installieren. Online-Petitionen als Einzelinstrument sind aber ebenso machtlos wie der Petitionsausschuss, in dem sie bestenfalls landen. [...]

So liegt die eigentliche Kraft von Petitionen nicht in der Petition und ihren Unterstützern, sondern im Zeitgeist, den sie trifft, und in den weiteren Aktionen, die sie initiiert. Von der Couch aus lässt sich die Welt nicht retten.

Quelle: Katharina Langbehn: Wenn Unterschriften die Welt retten könnten in: *Der Tagesspiegel* vom 14.02.2014 (online: <https://www.tagesspiegel.de/medien/online-petitionen-wenn-unterschriften-die-welt-retten-koennten/9486290.html>)

Politische Beteiligung vom Wohnzimmer aus

E4



Beschreibe, was in der Karikatur dargestellt wird, und interpretiere sie hinsichtlich der politischen Beteiligung über die sozialen Medien.

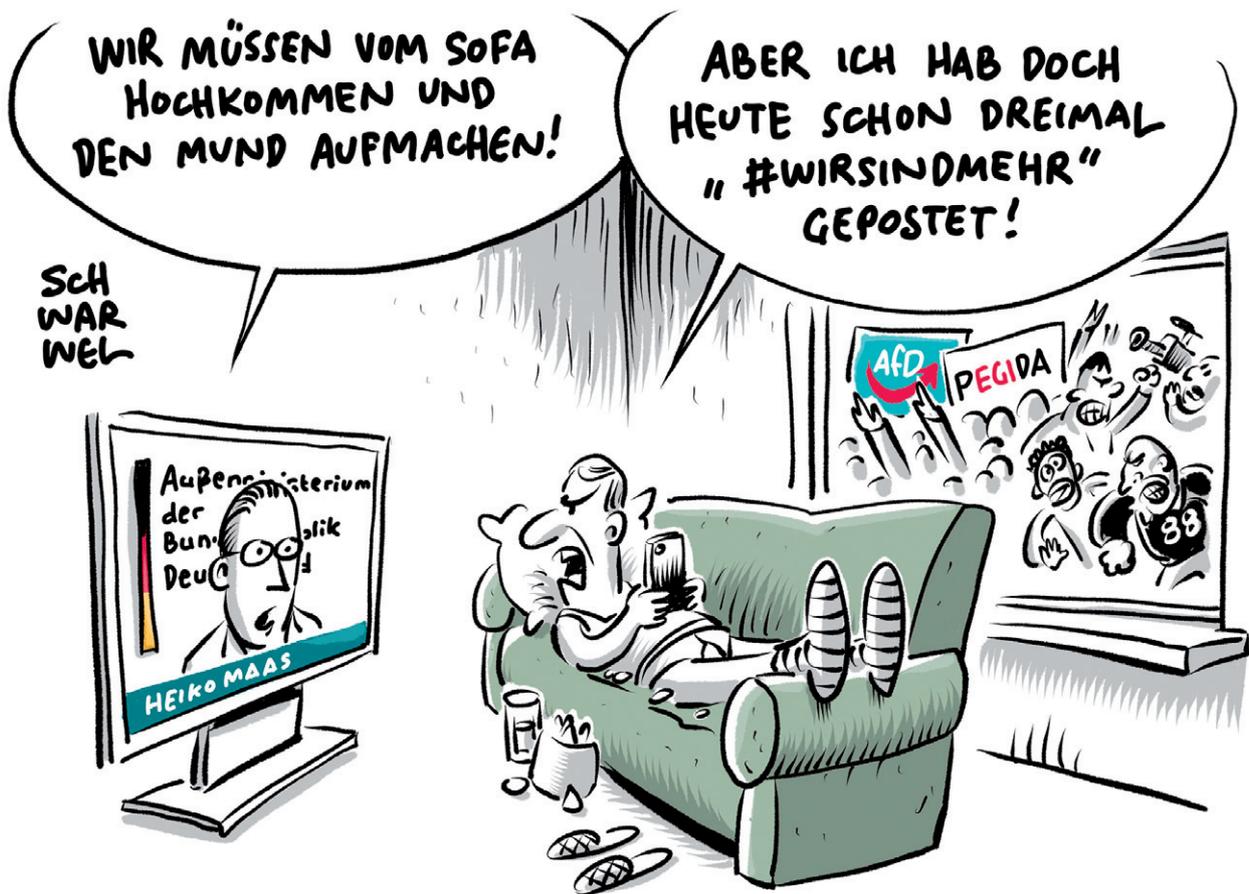


Foto: picture alliance / dieKLEINERT.de

Arbeitsanregungen

E1–E4

- Tauscht euch in der Klasse aus, welche konkreten Beispiele für politische Beteiligung über das Internet oder die sozialen Medien euch bekannt sind und ob ihr selbst schon Erfahrungen mit solchen Beteiligungsformen gemacht habt.
- Diskutiert, welche Chancen und Herausforderungen für die Demokratie es eurer Meinung nach durch Internet und soziale Medien gibt.

E5 Beeinflussung und Manipulation durch Social Bots

Was sind Social Bots?

Social Bots sind Computerprogramme, die darauf ausgerichtet sind, in sozialen Netzwerken (Facebook, Twitter etc.) Beiträge wie Kommentare, Fragen, Antworten oder Meinungsäußerungen automatisch zu generieren, um Diskurse zu beeinflussen oder gar zu manipulieren. Dabei agieren sie menschenähnlich: Social Bots sind in der Lage, sinnreiche Texte zu erzeugen, die den von Menschen geschriebenen Inhalten ähneln. Sie können Konversationen führen, indem sie auf passende Inhalte aus dem Internet zurückgreifen. Um menschliches Verhalten zu imitieren, sind Social Bots vielseitig und agieren beispielsweise nicht nur politisch, sondern veröffentlichen auch mehr oder weniger Belangloses, etwa Kommentare zu Fußballergebnissen. Auch täuschen sie je nach Tageszeit einen unterschiedlichen Grad an Aktivität vor oder imitieren die Identitäten von realen Nutzern, indem sie realistische Nutzernamen und/oder personenbezogene Informationen wie Bilder oder Links für sich verwenden. Für Internetnutzer ist es selten offensichtlich, dass Beiträge von Social Bots nicht von einem Menschen, sondern von einer Maschine stammen.

Aktionsspielräume

Social Bots werden momentan vorrangig dafür eingesetzt, Diskussionen inhaltlich zu verzerren sowie die Wichtigkeit von Themen oder die Popularität von Personen und Produkten zu beeinflussen. Social Bots wurden bisher in erster Linie auf der Plattform des Kurznachrichtendienstes Twitter nachgewiesen, die eine für Programmierer leicht zugängliche technische Schnittstelle anbietet. Nach Experteneinschätzung bergen Social Bots das Potenzial, die politische Debatte im Internet durch die massenhafte Verbreitung von (Falsch-)Meldungen zu verändern und durch eine »Klimavergiftung« das Vertrauen in die Demokratie zu unterlaufen. Eine wichtige Voraussetzung für den Einfluss von Social Bots auf politische Entscheidungsprozesse sind Kulminationspunkte wie etwa eine knappe Entscheidung bei Wahlen. Über die politische Einflussnahme hinaus bergen Social Bots das Poten-

zial, das Kaufverhalten von Personen zu manipulieren. Die technischen Möglichkeiten zur Enttarnung von Social Bots sind noch im Entwicklungsstadium und hinken der schnellen Entwicklung von Bots hinterher.

Bislang gezeigter Einfluss und Wirkungen

Es gibt lediglich eine Handvoll prominenter Beispiele, in denen Social Bots mit dem Ziel der politischen Meinungsbeeinflussung eingesetzt wurden. Die drei am häufigsten in der Presse und wissenschaftlichen Literatur genannten Beispiele sind Social-Bot-Einsätze während der Protestbewegung in der Ukraine, im Verlauf der Brexit-Kampagne sowie im US-Präsidentenwahlkampf 2016.

Dabei wurden Social Bots im Wesentlichen für vier Ziele eingesetzt:

- ▶ für das Ersticken oppositioneller Gegenmeinungen durch das Fluten von Hashtags mit ablenkenden, polarisierenden oder banalen Nachrichten,
- ▶ zur Verbreitung von Propaganda und Meinungsmache,
- ▶ für das künstliche Erzeugen hoher Followerzahlen auf Twitter, die die Bedeutung der eigenen Position unterstreichen sollen,
- ▶ zur Diskreditierung oder Beleidigung von Personen.

Bisher gibt es noch keine wissenschaftlichen Studien, in denen der Nachweis erbracht wurde, dass die Beeinflussung von gesellschaftlichen Gruppen durch Social Bots tatsächlich gelingt. Das Ausmaß der tatsächlichen Einflussnahme ist daher noch unbekannt.

Zukünftige Einflusspotenziale und Einsatzmöglichkeiten von Social Bots

Das Potenzial von Social Bots in Bezug auf politische Prozesse wird von Experten überwiegend hoch bewertet. Social Bots können dafür genutzt werden, Nachrichten im Internet zu verbreiten, um so Trends zu manipulieren oder politische Debatten und Diskurse zu beeinflussen. Besonders Gefahrenpotenzial besteht, wenn Social Bots massenhaft Falschnachrichten in Krisensituationen (z. B. nach Anschlägen) verbreiten.

Quelle: TAB-Brief Nr. 48, Juni 2017, S. 31-32

(online unter: <http://www.tab-beim-bundestag.de/de/pdf/publikationen/tab-brief/TAB-Brief-048.pdf>)

Pro und Contra Online-Wahlen

E6



Kreuze die Pro- und Contra-Argumente an, die dich besonders überzeugen. Falls dir weitere Argumente dafür oder dagegen einfallen, kannst du diese in den leeren Zeilen ergänzen.

Pro Online-Wahlen

Kommunikation oder Einkaufen laufen bereits über das Internet, man kann sogar Online-Banking machen. Also kann man auch über das Internet wählen.



Junge und internetaffine Menschen können durch Online-Wahlen motiviert werden, ihre Stimme abzugeben. Ansonsten würden sie sich vielleicht nicht beteiligen. Das würde die Wahlbeteiligung steigern.



Online-Wahlen sind Ausdruck der zunehmenden Digitalisierung unserer Gesellschaft. Solche Prozesse sollten vor der Politik nicht Halt machen.



Online-Wahlen können langfristig die Kosten für Wahlen senken, weil u. a. kein Papier mehr gedruckt werden muss.



Contra Online Wahlen

Wahlen sind ein wichtiger Bestandteil einer demokratischen Politik. Sie sind nicht dasselbe wie Online-Shopping oder E-Mails schreiben, sie sind ein grundlegender Bestandteil der Demokratie.



Bisher kann man bei Online-Wahlen nicht sicher sein, dass die Stimmen richtig übermittelt wurden. Die Wählerinnen und Wähler können nicht überprüfen, ob die Stimmen korrekt gespeichert und gewertet wurden.



Es gibt viele mögliche Sicherheitsrisiken bei Online-Wahlen, z. B. durch Hacker-Angriffe oder Schad-Software wie Trojaner kann die Wahl manipuliert werden.



Menschen ohne Internet oder welche, die sich nicht gut damit auskennen, werden bei Online-Wahlen eher abgeschreckt, daran teilzunehmen.

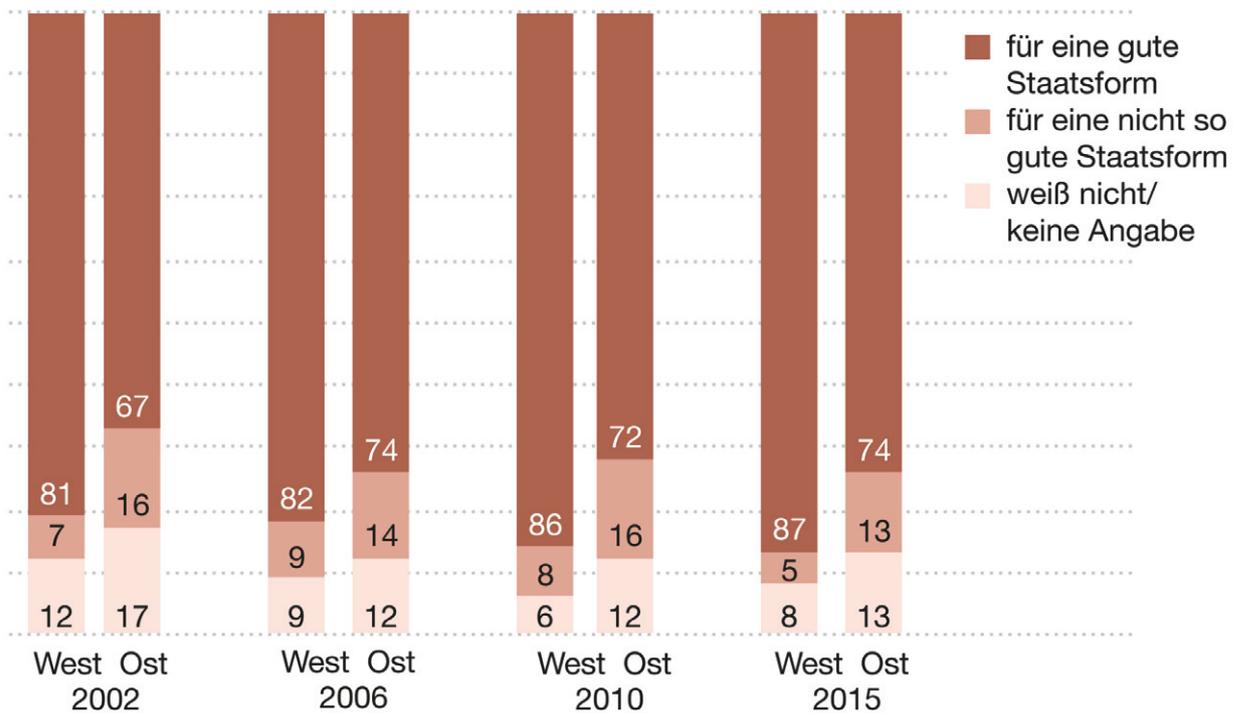


E7 Akzeptanz und Zufriedenheit mit der Demokratie

Akzeptanz der Demokratie als Staatsform

Jugendliche im Alter von 15 bis 25 Jahren (Angaben in %)

Die Demokratie halten



Quelle: Shell Jugendstudie 2015 – TNS Infratest Sozialforschung

E7 Arbeitsanregungen

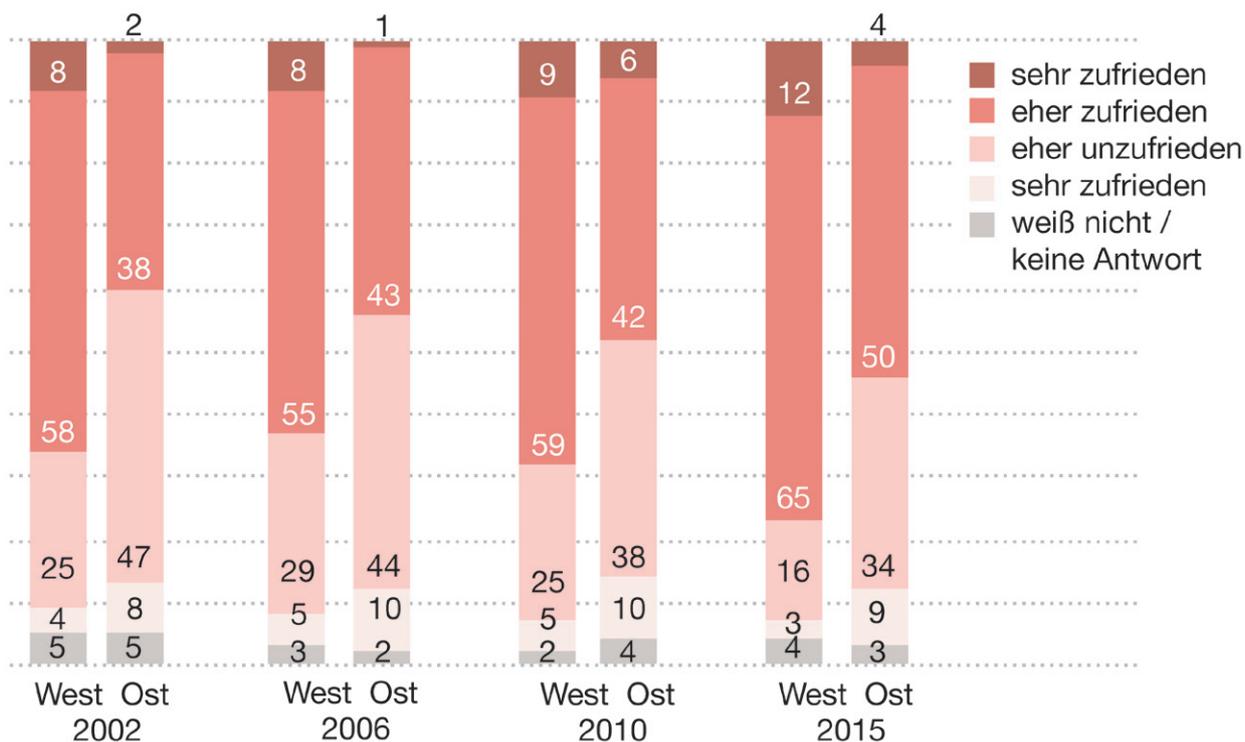
► Beantwortet in der **Learning App** die Fragen zu den beiden Grafiken.

<https://learningapps.org/watch?v=pfze3fy0518>

Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland

Jugendliche im Alter von 15 bis 25 Jahren (Angaben in %)

Mit der Demokratie in Deutschland, so wie sie in Deutschland besteht, sind



Quelle: Shell Jugendstudie 2015 – TNS Infratest Sozialforschung



Beantworte mit Hilfe der beiden Grafiken, ob die folgenden Aussagen richtig oder falsch, sind und kreuze entsprechend an.

	richtig	falsch
Jugendliche in Westdeutschland sind mit der Demokratie in Deutschland zufriedener als Jugendliche in Ostdeutschland.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Akzeptanz zur Demokratie als Staatsform ist zwischen 2002 und 2015 zurückgegangen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Zahl der sehr unzufriedenen jungen Menschen mit der Demokratie hat in Ostdeutschland zwischen 2002 und 2015 abgenommen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Der Prozentsatz der Jugendlichen, die Demokratie für eine nicht so gute Staatsform erachten, ist 2015 in Ostdeutschland höher als in Westdeutschland.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Mehrheit der jungen Menschen in Ost und West waren 2015 mit der Demokratie in Deutschland zufrieden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

E8 Der Bundeswahlleiter zu Online-Wahlen



Lest euch das Statement des Bundeswahlleiters zu Online-Wahlen durch und verfasst mit Hilfe der Argumente aus E6 eine Antwort auf dieses Statement.

Das Internet hat die Kommunikation revolutioniert; gegen die Möglichkeit, bei Bundestags- oder Europawahlen die Stimme online abzugeben, sprechen derzeit jedoch gravierende wahlrechtliche und wahlpraktische Gründe.

Maßgeblich zu berücksichtigen ist, dass sich – zumindest derzeit – die von der Verfassung vorgegebenen Wahlrechtsgrundsätze der allgemeinen, freien und geheimen Wahl bei einer Internet-Wahl noch nicht hinreichend gewährleisten lassen. Insbesondere die Geheimhaltung einer Online-Stimmabgabe, die zwar informationstechnisch möglich erscheint, würde einen unverhältnismäßigen Aufwand erfordern und schließt die Nutzung privater PCs nach dem Stand der heutigen Technik aus.

Auch würden Stimmabgabe und Ermittlung des Wahlergebnisses in einem Umfang intransparent und der öffentlichen Kontrolle durch die Wahlberechtigten entzogen, der das Vertrauen der Wählerschaft in die Ordnungsmäßigkeit des Wahlaktes untergräbt. Für die Wahlberechtigten verständliche und nachvollziehbare Kontrollmechanismen – vergleichbar der Augenscheinnahme bei der Beobachtung der Stimmenauszählung im Wahllokal – sind bei Internet-Prozessen zurzeit nicht in Sicht.

Quelle: <https://www.bundeswahlleiter.de/service/glossar/o/online-wahlen.html> (Zugriff am 30.08.2018)
© Der Bundeswahlleiter, Wiesbaden 2018

E8 Arbeitsanregungen

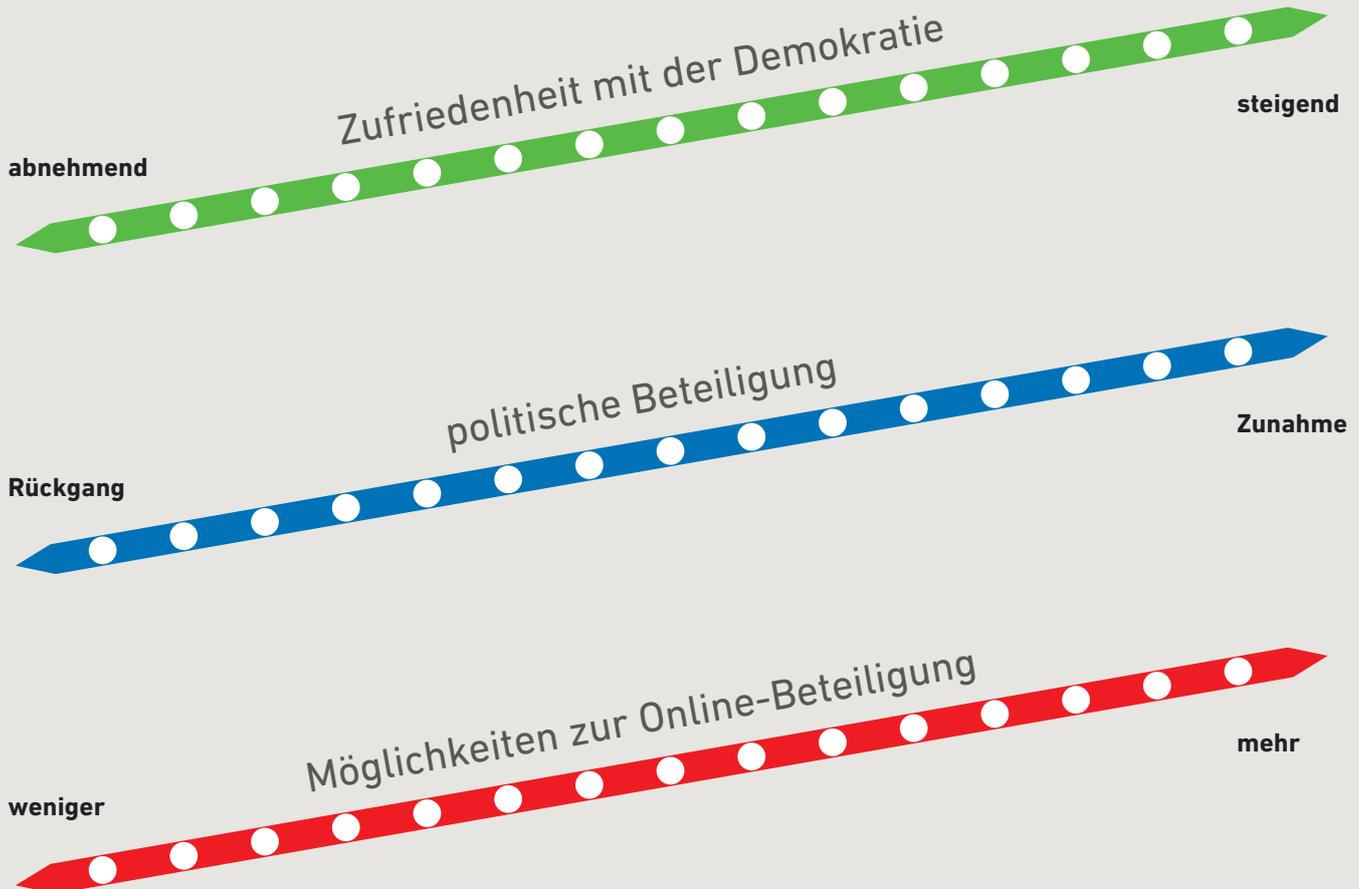
- ▶ Diskutiert mit Hilfe der genannten Vor- und Nachteile, wie eure Meinung zum Thema Online-Wahlen ist.
- ▶ Recherchiert nach aktuellen Nachrichten und Presseberichten, bei denen über den Einfluss von Social Bots auf politische Ereignisse (z. B. US-Präsidentenwahl 2016 oder Bundestagswahl 2017) berichtet wird. Stellt eure Rechercheergebnisse in der Klasse vor.

Zukunft der Demokratie

E9



Wie entwickelt sich die Demokratie in Deutschland in den nächsten 20 Jahren?
Markiere auf jedem Strahl, wie du die Entwicklung einschätzt und begründe deine Meinung.



© Grafik: www.8421medien.de

Arbeitsanregungen

E9

- ▶ Bildet Arbeitsgruppen und einigt euch auf eine mögliche Entwicklung aus E9. Schreibt zu dieser möglichen Entwicklung (Szenario) eine Kurzgeschichte. Lest euch anschließend die Kurzgeschichten in der Klasse vor und diskutiert, für wie wahrscheinlich ihr es haltet, dass die Szenarien eintreten.
- ▶ Benennt Herausforderungen und Probleme der Demokratie sowie Konsequenzen für das Zusammenleben, die sich aus euren Szenarien ergeben.
- ▶ Überlegt euch mindestens drei Maßnahmen, wie Politik und Gesellschaft auf diese Herausforderungen und Probleme reagieren können. Diskutiert, welche Maßnahmen eurer Meinung nach am ehesten umgesetzt werden können.

F

100 Jahre Demokratie –
Die Weimarer Republik

Materialien F1 – F13

F1 Der Kaiser hat abgedankt!

2. Extraausgabe Sonnabend, den 9. November 1918.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.
Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Der Kaiser hat abgedankt!

Der Reichskanzler hat folgenden Erlaß herausgegeben:
Seine Majestät der Kaiser und König haben sich entschlossen, dem Throne zu entsagen.
Der Reichskanzler bleibt noch so lange im Amte, bis die mit der Abdankung Seiner Majestät, dem Thronverzicht des Kronprinzen des Deutschen Reichs und von Preußen und der Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind. Er beabsichtigt, dem Regenten die Ernennung des Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler und die Vorlage eines Gesetzesentwurfs wegen der Ausschreibung allgemeiner Wahlen für eine verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung vorzuschlagen, der es obliegen würde, die künftige Staatsform des deutschen Volk, einschließlic der Volksteile, die ihren Eintritt in die Reichsgrenzen wünschen sollten, endgültig festzustellen.

Berlin, den 9. November 1918. **Der Reichskanzler.**
Prinz Max von Baden.

Es wird nicht geschossen!

Der Reichskanzler hat angeordnet, daß seitens des Militärs von der Waffe kein Gebrauch gemacht werde.

Parteigenossen! Arbeiter! Soldaten!
Goeben sind das Alexanderregiment und die vierten Jäger geschlossen zum Volke übergegangen. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Wels u. a. haben zu den Truppen gesprochen. Offiziere haben sich den Soldaten angeschlossen.

Der sozialdemokratische Arbeiter- und Soldatenrat.



Quelle:
picture-alliance / akg

F1 Arbeitsanregungen

- ▶ Diskutiert, wie Frauen und Männer aus unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen auf diese Meldung reagiert haben. Bildet dazu vier Arbeitsgruppen, die sich jeweils mit einer der folgenden Bevölkerungsgruppen befassen:
 - a) der Arbeiterschaft,
 - b) dem Bürgertum,
 - c) dem Adel und
 - d) dem Militär.
- ▶ Präsentiert eure Arbeitsergebnisse in der Klasse und tauscht euch mit den anderen Arbeitsgruppen über Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den vier Bevölkerungsgruppen aus.

Aufruf des Rats der Volksbeauftragten an das deutsche Volk vom 12. November 1918

F2

Die aus der Revolution hervorgegangene Regierung, deren politische Leitung rein sozialistisch ist, setzt sich die Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen. Sie verkündet schon jetzt mit Gesetzeskraft Folgendes:

1. Der Belagerungszustand wird aufgehoben.
2. Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter.
3. Eine Zensur findet nicht statt. [...]
4. Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist frei.
5. Die Freiheit der Religionsausübung wird gewährleistet. Niemand darf zu einer religiösen Handlung gezwungen werden.
6. Für alle politischen Straftaten wird Amnestie gewährt. Die wegen solcher Straftaten anhängigen Verfahren werden niedergeschlagen.
7. Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst wird aufgehoben, mit Ausnahme der sich auf die Schlichtung von Streitigkeiten beziehenden Bestimmungen.
8. Die Gesindeordnungen werden außer Kraft gesetzt, ebenso die Ausnahmegesetze gegen die Landarbeiter.
9. Die bei Beginn des Krieges aufgehobenen Arbeiterschutzbestimmungen werden hiermit wieder in Kraft gesetzt.

Weitere sozialpolitische Verordnungen werden binnen kurzem veröffentlicht werden. Spätestens zum 1. Januar 1919 wird der achtstündige Maximalarbeitstag in Kraft treten. Die Regierung wird alles tun, um für ausreichende Arbeitsgelegenheiten zu sorgen. Eine Verordnung über die Unterstützung von Erwerbslosen ist fertiggestellt. [...] Auf dem Gebiete der Krankenversicherung wird die Versicherungspflicht über die bisherige Grenze von 2500 Mark ausgedehnt werden. Die Wohnungsnot wird durch Bereitstellung von Wohnungen bekämpft werden. Auf die Sicherung einer geregelten Volks-

ernährung wird hingearbeitet werden. Die Regierung wird die geordnete Produktion aufrechterhalten, das Eigentum gegen Eingriffe Privater sowie die Freiheit und Sicherheit der Person schützen. Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen. Auch für die Konstituierende Versammlung, über die nähere Bestimmung noch erfolgen wird, gilt dieses Wahlrecht. [...]

Quelle: Reichsgesetzblatt (RGBl.) 1918, S. 1303 f.

Umschrift unter:



Arbeitsanregungen

F2

- ▶ Überlegt, welche Maßnahmen euch in den ersten Tagen der Revolution wichtig gewesen wären. Notiert bis zu zehn konkrete Maßnahmen und tauscht euch anschließend in der Klasse aus. Die Maßnahmen, die besonders häufig genannt wurden, können an der Tafel festgehalten werden.
- ▶ Bildet Arbeitsgruppen und lest euch die Maßnahmen und Ankündigungen des Rates der Volksbeauftragten durch. Beurteilt, welche dieser Punkte aus eurer

Sicht besonders wichtig sind. Vergleicht diese Punkte mit den Maßnahmen, die ihr während der Revolution beschlossen hättet, und arbeitet Gemeinsamkeiten und Unterschiede heraus.

- ▶ Vergleicht die in F2 genannten Maßnahmen und Ankündigungen mit dem Grundgesetz (besonders Artikel 1–20 und Artikel 38) und stellt fest, wo es gleiche und ähnliche Formulierungen gibt.

F3 Wahlen zur Weimarer Nationalversammlung

Ergebnis der Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919

	Stimmanteile
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	37,9 %
Zentrumspartei	19,7 %
Deutsche Demokratische Partei (DDP)	18,1 %
Deutschnationale Volkspartei (DNVP)	10,3 %
Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD)	7,6 %
Deutsche Volkspartei (DVP)	4,4 %
Sonstige Parteien	1,6 %

Quelle: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, herausgegeben vom Statistischen Reichsamt, 40. Jahrgang, 1919, Berlin 1919, S. 236 f.

Ergebnis der Wahlen zum Deutschen Reichstag am 12. Januar 1912

	Stimmanteile
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	34,8 %
Zentrumspartei	16,4 %
Nationalliberale Partei	13,6 %
Fortschrittliche Volkspartei	12,3 %
Deutschkonservative Partei	8,5 %
Polnische Fraktion (Vertretung der polnischen Minderheit)	3,6 %
Freikonservative Partei	3,0 %
Sonstige Parteien	7,8 %

Quelle: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, herausgegeben vom Kaiserlichen Statistischen Amte, Berlin 1912, S. 327

F3 Arbeitsanregungen

- ▶ Vergleicht die Wahlergebnisse von 1912 und 1919 miteinander und notiert euch, welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei den Parteien und ihren Stimmanteilen euch auffallen.
- ▶ Diskutiert in der Klasse, ob ihr nach dem Ersten Weltkrieg und der Revolution größere Veränderungen erwartet hättet. Begründet eure Einschätzungen im Hinblick auf einzelne Parteien.

Friedrich Ebert bei der Eröffnung der Nationalversammlung am 6. Februar 1919

F4

„Meine Damen und Herren, die Reichsregierung begrüßt durch mich die Verfassungsgebende Versammlung der deutschen Nationen. Besonders herzlich begrüße ich die Frauen, die zum erstenmal gleichberechtigt im Reichsparlament erscheinen. Die provisorische Regierung verdankt ihr Mandat der Revolution; sie wird es in die Hände der Nationalversammlung zurücklegen. (Bravo!) In der Revolution erhob sich das deutsche Volk gegen eine veraltete, zusammenbrechende Gewaltherrschaft. (Zustimmung links. – Lebhafter Widerspruch rechts.) Sobald das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes gesichert ist, kehrt es zurück auf den Weg der Gesetzmäßigkeit. Nur auf der breiten Heerstraße der parlamentarischen Beratung und Beschlußfassung lassen sich die unaufschiebbaren Veränderungen auch auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete vorwärts bringen, ohne das Reich und sein Wirtschaftsleben zugrunde zu richten. (Sehr wahr! links.) Deshalb begrüßt die Reichsregierung in dieser Nationalversammlung den höchsten und einzigen Souverän in Deutschland. (Bravo! links.) Mit den alten Königen und Fürsten von Gottes Gnaden ist es für immer vorbei. (Bravo! links. – Widerspruch rechts.) Wir verwehren niemandem eine sentimentale Erinnerungsfeier. Aber so gewiß diese Nationalversammlung eine große republikanische Mehrheit hat, so gewiß sind die alten gottgegebenen Abhängigkeiten für immer beseitigt. (Lebhafter Beifall links.) Das deutsche Volk ist frei, bleibt frei und regiert in aller Zukunft sich selbst. (Bravo! links.) Diese Freiheit ist der einzige Trost, der dem deutschen Volke geblieben ist, der einzige Halt, an dem es aus dem Blutsumpf des Krieges und der Niederlage sich wieder herausarbeiten kann. Wir haben den Krieg verloren. Diese Tatsache ist keine Folge der Revolution. (Sehr wahr! links. – Lebhafter Widerspruch rechts.) Meine Damen und Herren, es war die Kaiserliche Regierung des Prinzen Max von Baden, die den Waffenstillstand einleitete, der uns

wehrlos machte. (Zurufe.) Nach dem Zusammenbruch unserer Verbündeten und angesichts der militärischen und wirtschaftlichen Lage konnte sie nicht anders handeln. (Sehr richtig! links.) Die Revolution lehnt die Verantwortung ab für das Elend, in das die verfehlte Politik der alten Gewalten und der leichtfertige Übermut der Militaristen das deutsche Volk gestürzt haben. (Sehr wahr! links.) Sie ist auch nicht verantwortlich für unsere schwere Lebensmittelnot. (Widerspruch rechts.) Niederlage und Lebensmittelnot haben uns den gegnerischen Mächten ausgeliefert. [...]

Meine Damen und Herren, die provisorische Regierung hat eine sehr üble Erbschaft angetreten. [Im Original des Protokolls heißt es fälschlich »Herrschaft«, was auf einen Schreibfehler zurückzuführen ist]. Wir waren im eigentlichsten Wortsinne die Konkursverwalter des alten Regimes: (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Alle Scheuern, alle Läger waren leer, alle Vorräte gingen zur Neige, der Kredit war erschüttert, die Moral tief gesunken. Wir haben, gestützt und gefördert vom Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte (Lachen rechts.) [...] unsere beste Kraft eingesetzt, die Gefahren und das Elend der Übergangszeit zu bekämpfen. Wir haben der Nationalversammlung nicht vorgegriffen. Aber wo Zeit und Not drängten, haben wir die dringlichsten Forderungen der Arbeiter zu erfüllen uns bemüht. (Zurufe rechts.) Wir haben alles getan, um das wirtschaftliche Leben wieder in Gang zu bringen. (Wiederholte Zwischenrufe rechts.) [...] Ich sage noch einmal: wir haben alles getan – und Sie (nach rechts) wissen offenbar gar nicht, was zu tun notwendig war – (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) um das Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen. Wenn der Erfolg nicht unseren Wünschen entsprach, so müssen die Umstände, die das verhinderten, gerecht gewürdigt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) [...]"

Quelle: Verhandlungen der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung. Band 326. Stenographische Berichte. Von der 1. Sitzung am 6. Februar 1919 bis zur 26. Sitzung am 12. März 1919, hier: 1. Sitzung vom Donnerstag, 6. Februar 1919

Arbeitsanregungen

F4

- ▶ Zwischen den Textquellen **F1** und **F4** liegen knapp drei Monate. Informiert euch, was im Zeitraum von November 1918 bis Februar 1919 passiert. Nutzt dazu die Jahreschroniken 1918 und 1919 unter <http://www.dhm.de/lemo/kapitel/weimarer-republik>
- ▶ Lest die Rede von Friedrich Ebert und bildet anschließend Arbeitsgruppen. Beantwortet mit Hilfe der Textquelle folgende Fragen:
 - a) Welche politischen Ziele nennt Ebert in seiner Rede?
 - b) Wie haben die Vertreter rechter Gruppen auf die Aussagen Eberts reagiert?
 - c) Wie äußert sich Friedrich Ebert zum Zusammenhang zwischen Revolution und Kriegsniederlage?

F5 Marianne Weber spricht als erste Frau in einem deutschen Parlament

„Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten“, heißt es in Artikel 109 Abs. 2 der Weimarer Verfassung. Am 15. Januar 1919 ergriff zum ersten Mal in Deutschland eine Frau in einem Parlament das Wort. Marianne Weber, die Abgeordnete der linksliberalen DDP (Deutsche Demokratische Partei), sagte zu diesem Anlass:

Es sei mir gestattet, nicht als Parteigliedrige, sondern als Frau einige Worte zu Ihnen zu sprechen, denn ich bin mir bewußt, daß heute Tausende von badischen Frauen mit Freude und Dankbarkeit und mit klopfendem Herzen auf uns schauen und die Tatsache, daß heute zum erstenmal Frauen in dieses Haus eingezogen sind, die berufen sind, an der Gestaltung des Staates, an dem Wiederaufbau des badischen Staates teilzunehmen, als einen Augenblick von geschichtlicher Bedeutung empfinden. Wir Frauen können nur unserer hohen Freude und Befriedigung darüber Ausdruck geben, daß wir zu dieser Aufgabe mitberufen sind, und ich glaube sagen zu dürfen, dass wir besser für sie vorbereitet sind, als vielleicht die meisten von Ihnen glauben. Millionen von uns haben seit vielen Jahrzehnten draußen außerhalb des Hauses ihren Unterhalt selbst erwerben und auf eigenen Füßen stehen müssen, und sie haben sich die harte Luft des Draußenlebens um ihren Kopf wehen lassen. Tausende von uns haben während des Krieges Männerarbeit geleistet, mit geringeren leiblichen Kräften als der Mann. Tausende von uns Frauen haben ein Heimatheer gebildet, ohne welches das Frontheer keine Munition und keine Kleidung gehabt hätte. Und Tausende von uns, die nicht gezwun-

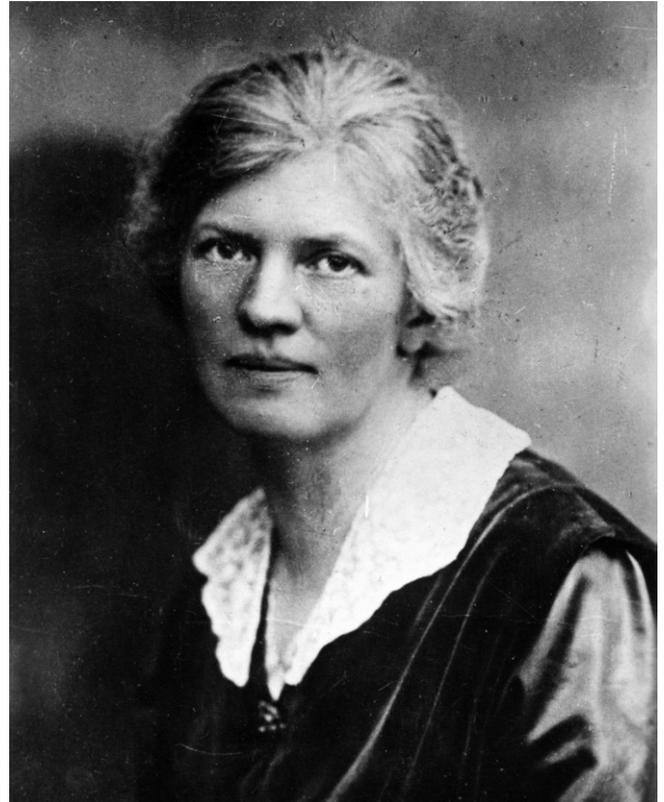


Foto: Bundesarchiv (Bild 183-R74100)

gen waren, den harten Kampf ums Dasein zu führen, haben doch seit vielen Jahrzehnten, durchdrungen von tiefem sozialem Verantwortlichkeitsgefühl, mitgewirkt an der Lösung der schweren sozialen Aufgaben. Sie haben sich dabei auch geschult, zu allen Angelegenheiten des öffentlichen Lebens, und zur Gesetzgebung, soweit sie das weibliche Geschlecht betraf, Stellung zu nehmen, und so glaube ich, von uns sagen zu dürfen, daß wir nicht unvorbereitet in dieses Haus einziehen. [...]

Quelle: Verhandlungen des Badischen Landtags I. Landtagsperiode I. Sitzungsperiode (Heft 523 der Drucksachen-Sammlung der früheren II. Ständekammer, jetzt des Badischen Landtags), Karlsruhe 1920, Sitzung vom 15. Januar 1919

F5, F6 Arbeitsanregungen

- ▶ Gebt in euren eigenen Worten wieder, welchen Zusammenhang Marianne Weber zwischen der Rolle der Frau im Ersten Weltkrieg und der politischen Beteiligung von Frauen in ihrer Rede (F5) herstellt.
- ▶ Erörtert in der Klasse, wie ihr die Rolle der Frau im Ersten Weltkrieg beurteilt und ob es einen Zusammenhang zur politischen Beteiligung von Frauen gibt.

In der Weimarer Nationalversammlung waren 37 von 437 gewählten Abgeordneten Frauen. In den Bundestag zogen nach der Wahl 2017 219 weibliche Abgeordnete von insgesamt 709 Abgeordneten ein. Und im Landtag von Baden-Württemberg sind aktuell 37 von 143 Abgeordneten Frauen.

- ▶ Diskutiert, wie sich eurer Meinung nach die heutige Situation von Frauen in Parlamenten im Vergleich zu 1919 verändert hat.

Rolle der Frau im Ersten Weltkrieg

F6

Foto: picture alliance/akg-images



Foto: picture alliance/Mary Evans Picture Library

Foto: (c) dpa



Beschreibe mit Hilfe der Abbildungen, welche Aufgaben Frauen während des Ersten Weltkriegs erfüllen mussten.

F7 Reichspräsident und Bundespräsident



Artikel 41 der Weimarer Reichsverfassung

- (1) Der Reichspräsident wird vom ganzen deutschen Volke gewählt.
- (2) Wählbar ist jeder Deutsche, der das fünf- unddreißigste Lebensjahr vollendet hat.
- (3) Das Nähere bestimmt ein Reichsgesetz.



Artikel 43 der Weimarer Reichsverfassung

- (1) Das Amt des Reichspräsidenten dauert sieben Jahre. Wiederwahl ist zulässig.
- (2) Vor Ablauf der Frist kann der Reichspräsident auf Antrag des Reichstags durch Volksabstimmung abgesetzt werden. Der Beschluß des Reichstags erfordert Zweidrittelmehrheit. Durch den Beschluß ist der Reichspräsident an der ferneren Ausübung des Amtes verhindert. Die Ablehnung der Absetzung durch die Volksabstimmung gilt als neue Wahl und hat die Auflösung des Reichstags zur Folge.
- (3) Der Reichspräsident kann ohne Zustimmung des Reichstags nicht strafrechtlich verfolgt werden.



Artikel 54 des Grundgesetzes

- (1) Der Bundespräsident wird ohne Aussprache von der Bundesversammlung gewählt. Wählbar ist jeder Deutsche, der das Wahlrecht zum Bundestage besitzt und das vierzigste Lebensjahr vollendet hat.
- (2) Das Amt des Bundespräsidenten dauert fünf Jahre. Anschließende Wiederwahl ist nur einmal zulässig.
- (3) Die Bundesversammlung besteht aus den Mitgliedern des Bundestages und einer gleichen Anzahl von Mitgliedern, die von den Volksvertretungen der Länder nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden.
- (4) Die Bundesversammlung tritt spätestens dreißig Tage vor Ablauf der Amtszeit des Bundespräsidenten, bei vorzeitiger Beendigung spätestens dreißig Tage nach diesem Zeitpunkt zusammen. Sie wird von dem Präsidenten des Bundestages einberufen.
- (5) Nach Ablauf der Wahlperiode beginnt die Frist des Absatzes 4 Satz 1 mit dem ersten Zusammentritt des Bundestages.
- (6) Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung erhält. Wird diese Mehrheit in zwei Wahlgängen von keinem Bewerber erreicht, so ist gewählt, wer in einem weiteren Wahlgang die meisten Stimmen auf sich vereinigt.
- (7) Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Direktwahl des Bundespräsidenten

F8



Ordne die Argumente nach **Für (Pro)** und **Wider (Contra)** in Bezug auf eine Direktwahl des Bundespräsidenten und trage die dazugehörigen Ziffern entsprechend in der Tabelle ein.
Suche nach weiteren Pro- und Contra-Argumenten.

1
hauptsächlich repräsentative Aufgaben

2
mehr Mitsprache durch die Bevölkerung

3
Direktwahl des Präsidenten auch in anderen Ländern (z. B. Frankreich)

4
monatelanger Wahlkampf

5
stärkeres Gewicht des Bundespräsidenten

6
Bundesversammlung hat breite Basis aus Mitgliedern des Bundestages und Vertretern/-innen durch die Landtage

7
schlechte Erfahrungen mit starkem Reichspräsident in der Weimarer Republik

8
Direktwahl als Möglichkeit gegen Politikverdrossenheit

9
offener Wettbewerb um das Präsidentenamt

10
Bundespräsident soll über Parteienwettbewerb stehen

11
zu starke Legitimation kann andere Verfassungsorgane beschädigen

12
Deutschland heute nicht mit Weimarer Republik vergleichbar

Pro

Contra

F9 Regieren mit Notverordnungen



Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung

- (1) Wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt, kann der Reichspräsident es dazu mit Hilfe der bewaffneten Macht anhalten.
- (2) Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reiche die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. Zu diesem Zwecke darf er vorübergehend die in den Artikeln 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 festgesetzten Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft setzen.
- (3) Von allen gemäß Abs. 1 oder Abs. 2 dieses Artikels getroffenen Maßnahmen hat der Reichspräsident unverzüglich dem Reichstag Kenntnis zu geben. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichstags außer Kraft zu setzen.
- (4) Bei Gefahr im Verzuge kann die Landesregierung für ihr Gebiet einstweilige Maßnahmen der in Abs. 2 bezeichneten Art treffen. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichspräsidenten oder des Reichstags außer Kraft zu setzen.
- (5) Das Nähere bestimmt ein Reichsgesetz.



Titelseite einer Ausgabe der Weimarer Reichsverfassung

F7–F9 Arbeitsanregungen

- ▶ Vergleicht, wie der Reichspräsident in der Weimarer Republik gewählt wurde und wie heute nach Artikel 54 des Grundgesetzes der Bundespräsident gewählt wird, und arbeitet die Gemeinsamkeiten und Unterschiede heraus.
- ▶ Diskutiert in der Klasse die Frage, welche Probleme entstehen können, wenn das Parlament und das Staatsoberhaupt beide direkt vom Volk gewählt werden.
- ▶ Ein Kennzeichen der Weimarer Republik sind die schwierigen Regierungsbildungen bzw. wenig stabile Regierungen. In den vierzehn Jahren von 1919 bis 1933 gab es zwölf Reichskanzler und mehr als zwanzig Reichsregierungen. Beschreibt, welche Möglichkeiten des Regierens Artikel 48 dem Reichspräsidenten einräumt.
- ▶ Erörtert, welche Gefahr für die Demokratie besteht, wenn nach Artikel 48 regiert wird.
- ▶ Setzt euch mit Argumenten für und gegen eine Direktwahl des Bundespräsidenten auseinander und führt eine Pro-Contra-Debatte durch. Tipps für eine solche Diskussion findet ihr unter <http://www.bpb.de/lernen/formate/methoden/46892/pro-contra-debatte>

Wahlplakat der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) für die Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924

F10



Analysiere das Plakat (z. B. Darstellung der Personen, Gestaltung, Farbgebung) und beschreibe, was im Text auf dem Plakat unter dem Dolchstoß verstanden wird.



Wer hat im **Weltkrieg** dem deutschen Heere den Dolchstoß verfehrt? Wer ist schuld daran, daß unser Volk und Vaterland so tief ins Unglück sinken mußte? Der Parteisekretär der Sozialdemokraten **Vater** sagt es nach der Revolution 1918 in Magdeburg:

„**Wir** haben unsere Leute, die an die Front gingen, zur Fahnenflucht veranlaßt. Die Fahnenflüchtigen haben wir organisiert, mit falschen Papieren ausgestattet, mit Geld und unterschriftslosen Flugblättern versehen. **Wir** haben diese Leute nach allen Himmelsrichtungen, hauptsächlich wieder an die Front geschickt, damit sie die Frontsoldaten bearbeiten und die Front zermürben sollten. Diese haben die Soldaten bestimmt, überzulaufen, und so hat sich der Verfall allmählich, aber sicher vollzogen.“

Wer hat die Sozialdemokratie hierbei unterstützt? Die Demokraten und die Leute um Erzberger. Jetzt, am 7. Dezember, soll das Deutsche Volk den

zweiten Dolchstoß

erhalten. Sozialdemokraten in Gemeinschaft mit den Demokraten wollen uns

zu Sklaven der Entente machen,

wollen uns für immer zugrunde richten.

**Wollt ihr das nicht,
dann**

Wählt deutschnational!

2877

Nr. 306

Deutschnationale Schriftenvertriebsstelle G.m.b.H., Berlin SW11

© Presse: Dr. Sello & Co. A.G., Berlin SW29

Quelle:
Bundesarchiv Koblenz
(Plakat 002-029-031/
Grafiker
Hans Schweitzer)

F 11 Paul von Hindenburg und die »Dolchstoßlegende«

Aus der Rede des Generalfeldmarschalls Paul von Hindenburg am 18. November 1919 vor dem 15. Untersuchungsausschuss der Weimarer Nationalversammlung:

„Die Sorge, ob die Heimat fest genug bliebe, bis der Krieg gewonnen sei, hat uns von diesem Augenblicke an nie mehr verlassen. Wir erhoben noch oft unsere warnende Stimme bei der Reichsregierung. In dieser Zeit setzte die heimliche planmäßige Zersetzung von Flotte und Heer als Fortsetzung ähnlicher Erscheinungen im Frieden ein. Die Wirkungen dieser Bestrebungen waren der Obersten Heeresleitung während des letzten Kriegsjahres nicht verborgen geblieben. Die braven Truppen, die sich von der revolutionären Zermürbung freihielten, hatten unter dem pflichtwidrigen Verhalten der revolutionären Kameraden schwer zu leiden; sie mußten die ganze Last des Kampfes tragen. [...]

Die Absichten der Führung konnten nicht mehr zur Ausführung gebracht werden. Unsere wiederholten Anträge auf strenge Zucht und strenge Gesetzgebung wurden nicht erfüllt. So mußten unsere Operationen mißlingen, es mußte der Zusammenbruch kommen; die Revolution bildete nur den Schlußstein. [...]

Ein englischer General sagte mit Recht: ‚Die deutsche Armee ist von hinten erdolcht worden.‘ Den guten Kern des Heeres trifft keine Schuld. Seine Leistung ist ebenso bewunderungswürdig wie die des Offizierkorps. Wo die Schuld liegt, ist klar erwiesen. Bedurfte es noch eines Beweises, so liegt er in dem angeführten Ausspruche des englischen Generals und in dem maßlosen Erstaunen unserer Feinde über ihren Sieg.“

Quelle: Stenographische Berichte über die öffentlichen Verhandlungen des 15. Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Nationalversammlung nebst Beilagen, Band II, Berlin 1919, S. 701

F 10, F 11 Arbeitsanregungen

- ▶ Informiert euch unter folgendem Link über die Entwicklung im letzten Kriegsjahr 1918 und benennt Ursachen für die deutsche Kriegsniederlage.
<https://www.lpb-bw.de/erster-weltkrieg-zusammenfassung.html>
- ▶ Tauscht euch in der Klasse aus, wie eure Meinung zur „Dolchstoßlegende“ ist.
- ▶ Diskutiert, welche Auswirkungen die „Dolchstoßlegende“ auf die Entwicklung der Weimarer Republik hatte. Berücksichtigt dabei auch, dass die Weimarer Republik mit der Machtergreifung durch Adolf Hitler und die Nationalsozialisten 1933 endete.

Meinungen zur „Dolchstoßlegende“

F 12



Überlege, welche Position die unterschiedlichen Personen, die stellvertretend für verschiedene gesellschaftliche Gruppen stehen, gegenüber der „Dolchstoßlegende“ eingenommen haben, und notiere die wesentlichen Stichpunkte in der Tabelle.

Adlige	
Einfache Soldaten	
Hohe Offiziere und Generäle	
Arbeiterinnen an der Heimatfront	
Mitglieder der SPD	
Mitglieder der DNVP	
Organisatoren/-innen von Demonstrationen während der Novemberrevolution	

F13 Auszüge aus dem Tagebuch von Harry Graf Kessler

Berlin. 30. Mai 1932. Montag

Brüning ist heute zurückgetreten, oder richtiger, von Hindenburg entlassen worden. Hintertreppeneinflüsse haben ihren Willen durchgesetzt wie zu Zeiten Eulenburgs und Holsteins. Damit ist eine wesentliche Verschärfung der Weltkrise eingetreten. Merkwürdigerweise hat die Berliner Börse auf die Demission Brünings, wahrscheinlich in Erwartung der Segnungen des Dritten Reichs, mit einer teilweisen scharfen Hausse reagiert: Die Aktien sind gestiegen, die festverzinslichen Werte gefallen. Inflations-Perspektive. Der heutige Tag bedeutet das vorläufige Ende der parlamentarischen Republik.

Berlin. 12. Juli 1932. Dienstag

Während wir Sonntag in der schönen Landschaft herumfahren, sind wieder siebzehn Tote und fast zweihundert Verwundete dem hemmungslosen und organisierten Terror der Nazis zum Opfer gefallen. Es ist eine Tag für Tag und Sonntag für Sonntag fortlaufende Bartholomäusnacht.

Berlin. 31. Juli 1932. Sonntag

Reichstagswahltag, Schicksalstag! Schwüles, schweres Wetter, früh bewölkt, gegen Mittag aufhellend. Um elf in der Kaiserin-Augusta-Straße neben dem Reichswehrministerium gewählt. Helene Nostitz rief vormittags an; klagte auch über Beunruhigung und gedrückte Stimmung. – [...] Im Norden Berlins ziemlich starke Beflagung, wobei SPD und KPD zusammen ein leichtes Übergewicht über Hakenkreuz zu haben schienen. Auf den Dörfern sehr wenige Flaggen, so ziemlich halb und halb, und der Anschein größter Ruhe.

Abends bei Hilferdings mit Georg Bernhards und Oscar Meyers. Bis halb drei Wahlresultate gehört und aufnotiert. Die fortlaufende Sensation des Abends das Anwachsen der Kommunisten, daneben die Zunahme des Zentrums und das vollkommene Debakel der Staatspartei. Überraschend, wenn auch

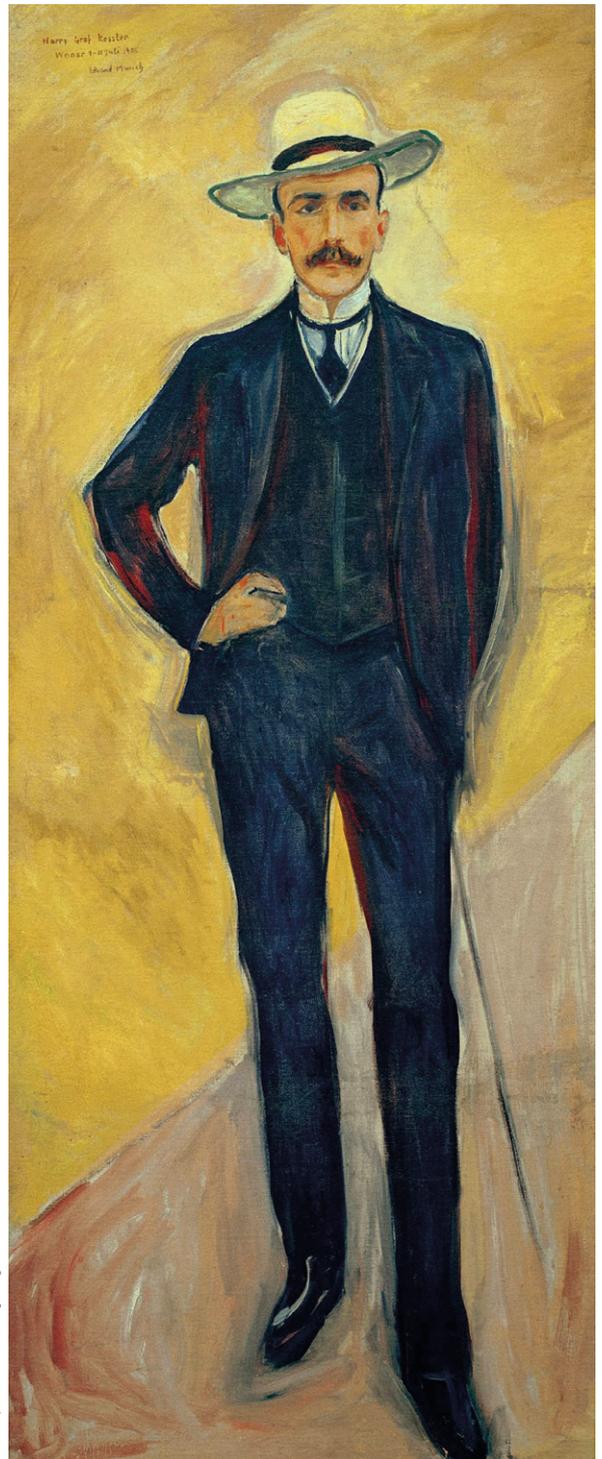


Foto: picture alliance/fakg-images

erwartet, der Stillstand der Nazibewegung, die in einigen Wahlkreisen sogar Stimmen verloren hat. Die SPD hat sich gerade noch zur Not behauptet und ist der KPD gegenüber in rückläufiger Bewegung. [...]

Berlin. 1. August 1932. Montag

Die Rechte hat keine Mehrheit im neuen Reichstag; ihren 230 (Nationalsozialisten) plus 37 (Deutschnationale) plus 7 (Volkspartei) plus 6 (Splitter) = 280 Sitzen stehen 327 Sitze des Zentrums und der Linken gegenüber. Die Kommunisten sind mit 89 Sitzen (gegenüber 78 früher) wieder die drittstärkste Partei. Die Nazis, deren Gros eine Mehrheit von fünfzig bis sechzig Prozent erwartet hatte, sind schwer enttäuscht.

Aus: Harry Graf Kessler: Tagebücher 1918-1937. Hrsg. von Wolfgang Pfeiffer-Belli, Frankfurt/Main, Wien, Zürich 1971, S. 669-680

Harry Graf Kessler (1868–1937)

deutscher Publizist, Autor, Kunstsammler und Diplomat, der als Anhänger der Weimarer Republik galt (Mitglied der liberalen Deutschen Demokratischen Partei)

Friedrich August von Holstein (1837–1909)

deutscher Diplomat mit großem Einfluss auf die deutsche Außen- und Innenpolitik nach 1890, der eher im Hintergrund arbeitete („graue Eminenz“)

In Königsberg haben sie heute früh den früheren Regierungspräsidenten (Volkspartei) in seiner Wohnung überfallen und angeschossen, zwei kommunistische Arbeiter in ihren Wohnungen ermordet, gegen die Häuser der SPD-Zeitung und der staatsparteilichen Hartungschen Zeitung Attentate verübt, kurz eine Aktion unternommen, die im kleinen von dem eine Anschauung gibt, was sie im großen und viel gründlicher im ganzen Reich nach einem Sieg vorhatten.

Es hat vorige Nacht wieder fünfzehn Tote und viele Verletzte im latenten Bürgerkrieg gegeben.

Philipp zu Eulenburg (1847–1921)

deutscher Diplomat und enger Vertrauter von Kaiser Wilhelm II. mit großem Einfluss auf den Kaiser (bis 1907), z. B. bei der Entlassung von Bismarck als Reichskanzler 1890

Helene von Nostitz (1878–1944)

deutsche Schriftstellerin und Nichte des späteren Reichspräsidenten Paul von Hindenburg

Arbeitsanregungen

F 13

- ▶ Bildet Kleingruppen und bearbeitet mit Hilfe der Tagebucheinträge von Harry Graf Kessler folgende Aufgaben:
- a) Stellt die Stimmung und die Situation im Deutschen Reich vor und nach der Reichstagswahl 1932 bildlich dar.

- b) Interpretiert das Wahlergebnis hinsichtlich der Handlungsfähigkeit des Parlaments. Beachtet dabei besonders die errungenen Sitze der extremen Rechten und der extremen Linken.
- c) Tauscht euch darüber aus, was diese Stimmung und Situation über die Einstellung der Bevölkerung zur Demokratie in der Weimarer Republik aussagt.

Späte Aufarbeitung

LSBTTIQ-Lebenswelten
im deutschen Südwesten

Hrsg. von Martin Cüppers und Norman Domeier



lpb
Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

Späte Aufarbeitung

LSBTTIQ-Lebenswelten im deutschen Südwesten

Hrsg. von Martin Cüppers und Norman Domeier

Für Baden-Württemberg hat sich in den vergangenen Jahren die einzigartige Chance ergeben, durch breit angelegte wissenschaftliche Aufarbeitungsprojekte sowohl die Lebenswelten von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, trans- und intergeschlechtlichen sowie queeren Menschen (LSBTTIQ) als auch die gegen sie gerichteten Verfolgungsmechanismen umfassend in den Blick zu nehmen.

Dieses Buch präsentiert erste Erträge dieser universitären und ehrenamtlich geleisteten Forschungsarbeit. Vermittelt wird damit ein vielschichtiges Bild, das sowohl die Lebens- und Verfolgungsgeschichte von LSBTTIQ im 20. Jahrhundert als auch aktuelle Entwicklungen und Fragestellungen wie die „Ehe für alle“ und die Aufhebung von Unrechtsurteilen berücksichtigt.

6.50 Euro zzgl. Versand, Bestellung ausschließlich im Webshop
der Landeszentrale für politische Bildung: www.lpb-bw.de/shop
E-Book (kostenlos) unter www.lpb-bw.de/e-books.html
Kooperationspartner*innen: www.der-liebe-wegen.org und www.lsbttiq-bw.de

lpb
BW

Baden und Württemberg 1918/19

Kriegsende – Revolution – Demokratie

Hrsg. von Frank Engehausen und Reinhold Weber



lpb
Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

Baden und Württemberg 1918/19

Kriegsende – Revolution – Demokratie

Hrsg. von Frank Engehausen und Reinhold Weber

Dieses Buch nimmt die Novemberrevolution von 1918 aus landesgeschichtlicher Perspektive in den Blick. Die revolutionären Ereignisse in Baden und Württemberg waren zweifellos von den Vorgängen in Berlin geprägt, aber markante regionale Sonderentwicklungen gab es dennoch.

Im Fokus stehen dabei die Erwartungen und Befürchtungen der Menschen zwischen Kriegsende, Revolution und der Etablierung der ersten Demokratie in Deutschland. Wie nahmen unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen die Revolution wahr? Welche Forderungen erhoben diese Gruppen, mit welchen Angeboten reagierten die neuen politischen Eliten darauf? Schließlich: Wie groß war die Integrationskraft, die die Revolution in kurzfristiger Perspektive entfalten konnte?

6.50 Euro zzgl. Versand, Bestellung ausschließlich im Webshop
der Landeszentrale für politische Bildung: www.lpb-bw.de/shop
E-Book (kostenlos) unter www.lpb-bw.de/e-books.html

lpb
BW

Ihre Ansprechpartner/-innen bei der LpB

Leitung

Direktor

Lothar Frick 0711/164099-60

Büro des Direktors

Sabina Wilhelm 0711/164099-62

Stellvertretender Direktor

Karl-Ulrich Templ 0711/164099-40

Stabsstellen

Kommunikation und Marketing

Leiter: Werner Fichter 0711/164099-63

Daniel Henrich 0711/164099-64

Demokratie stärken

Leiter: Felix Steinbrenner 0711/164099-81

Extremismusprävention

Felix Steinbrenner 0711/164099-81

Aktionsprogramm „Läuft bei Dir!“

Stefanie Beck 0711/164099-740

Stefanie Hofer 0711/164099-741

Matthias Kathan 0711/164099-742

Team meX

Daniel Can 0711/164099-82

Assistenz: Yagmur Koreli 0711/164099-86

Abteilung Zentraler Service

Abteilungsleiter

Kai-Uwe Hecht 0711/164099-10

Organisation

Tamara Mürter 0711/164099-11

Haushalt

Gudrun Gebauer 0711/164099-12

Personal

Sabrina Gogel 0711/164099-13

Information und Kommunikation

Wolfgang Herterich 0711/164099-14

Klaudia Saupe 0711/164099-49

Siegfried Kloske 07125/152-137

Tagungszentrum Haus auf der Alb

Hanner Steige 1, 72574 Bad Urach

Telefon: 07125/152-0, Fax -100

www.hausaufderalb.de

Leitung:

Nina Deiß/Julia Telegin 07125/152-109

Abteilung Haus auf der Alb

Hanner Steige 1, 72574 Bad Urach

Abteilungsleiter/Gesellschaft und Politik/ Schriften zur politischen Landeskunde

Prof. Dr. Reinhold Weber 07125/152-146

Schule und Bildung/ Integration und Migration

Robert Feil 07125/152-139

Monika Selmeçi 07125/152-140

Europa und Internationales

Thomas Schinkel 07125/152-147

Servicestelle Friedensbildung

Claudia Möller 07125/152-135

Abteilung

Demokratisches Engagement

Abteilungsleiterin/Gedenkstättenarbeit

Sibylle Thelen 0711/164099-30

Andreas Schulz 0711/164099-726

Politische Landeskunde

Dr. Iris Häuser 0711/164099-20

Schülerwettbewerb des Landtags

Monika Greiner 0711/164099-25

Stefanie Thiele 0711/164099-26

Frauen und Politik

Beate Dörr 0711/164099-29

Sabine Keitel 0711/164099-32

Jugend und Politik

Angelika Barth 0711/164099-22

Christiane Franz 0711/164099-23

Johannes Ulbrich 0711/164099-702

Freiwilliges Ökologisches Jahr

Steffen Vogel 0711/164099-35

Max Kemmner 0711/164099-36

Lea Oldenburg 0711/164099-34

Stefan Paller 0711/164099-37

Abteilung Medien und Methoden

Abteilungsleiter/Digitale Medien

Karl-Ulrich Templ 0711/164099-40

Politik & Unterricht

Robby Geyer 0711/164099-45

Deutschland & Europa

Jürgen Kalb 0711/164099-43

Bürger & Staat/Didaktische Reihe

Prof. Siegfried Frech 0711/164099-44

Unterrichtsmedien

Michael Lebisch 0711/164099-47

E-Learning

Sabine Keitel 0711/164099-32

Social Media

Bianca Braun 0711/164099-53

Kata Kottra 0711/164099-48

Digitale Medien

Rebecca Beiter 0711/164099-48

Wolfgang Herterich 0711/164099-14

Jeanette Reusch-Mlynárik 07125/152-136

Klaudia Saupe 0711/164099-49

Außenstellen

Regionale Arbeit

Politische Tage für Schüler/-innen

Veranstaltungen für den Schulbereich

Außenstelle Freiburg

Bertoldstraße 55, 79098 Freiburg

Telefon: 07 61/2 07 73-0, Fax -99

Leiter:

Prof. Dr. Michael Wehner 0761/20773-77

Thomas Waldvogel 0761/20773-33

Außenstelle Heidelberg

Plöck 22, 69117 Heidelberg

Telefon: 0 62 21/60 78-0, Fax -22

Leiterin: Regina Bossert 06221/6078-14

Stefan Artmann 06221/6078-13

Fachbereich Politische Tage im

Regierungsbezirk Stuttgart

Thomas Franke 0711/164099-83

Fachbereich Politische Tage im

Regierungsbezirk Tübingen

Anja Meitner 07125/152-134

LpB-Shops/ Publikations- ausgaben

Stuttgart

Lautenschlagerstraße 20

70173 Stuttgart

Telefon: 07 11/16 40 99-0

Öffnungszeiten:

Mo–Do 9.00–12.00 Uhr

13.00–15.30 Uhr

Fr 9.00–12.00 Uhr

Tagungszentrum

Haus auf der Alb

Hanner Steige 1

72574 Bad Urach

Telefon: 0 71 25/1 52-0

Öffnungszeiten:

Mo–Fr 8.00–12.00 Uhr

13.00–16.30 Uhr

Außenstelle Freiburg

Bertoldstraße 55

79098 Freiburg

Telefon: 07 61/2 07 73-0

Öffnungszeiten:

Di/Do 9.00–17.00 Uhr

Außenstelle Heidelberg

Plöck 22

69117 Heidelberg

Telefon: 0 62 21/60 78-0

Öffnungszeiten:

Di/Do 10.00-17.00 Uhr

Mi 13.00-17.00 Uhr

Newsletter »Einblick«

anfordern unter

www.lpb-bw.de/newsletter

lpb

Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

Lautenschlagerstraße 20
70173 Stuttgart
Telefon: 07 11/16 40 99-0
Fax: 07 11/16 40 99-77
lpb@lpb-bw.de
www.lpb-bw.de

Druckausgaben neuerer Hefte können Sie (auch im Klassensatz) im Webshop der Landeszentrale www.lpb-bw.de/shop bestellen. Die Hefte sind kostenlos. Ab einem Sendungsgewicht von 500 g wird eine Versandkostenpauschale berechnet. Keine Bestellung per Telefon, Post, Fax oder E-Mail.



Die Ausgaben der Zeitschrift finden Sie im Internet zum kostenlosen Download auf der Seite: www.politikunterricht.de